

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal zzgl. Postgeb. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 59, Rottbuhferdamm 21.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro vierstellige Zeitzeile 30 Pf.,  
Stellenged. 20 Pf.; für Ver-  
bandsmitglieder 20 Pf., Berjamm-  
lungsanzeigen zc. 10 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 48.

Berlin, den 24. November 1906.

22. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der Zahlstelle Erfurt ist die Genehmigung erteilt, von den männlichen Mitgliedern einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. pro Woche zu erheben. (Bisher wurden 5 Pfg. pro Woche erhoben.)

2. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts wurde in Kiel der Buchbinder Otto Kemmer aus Leipzig. Buchnummer 55545.

3. Infolge der vielen Strafpornos, die wir für eingehende Sendungen zahlen müssen, bitten wir, auf richtige Frantierung aller Zusendungen mehr als bisher achten zu wollen.

Der Verbandsvorstand.  
S. A.: Roth.

## Der Gesekentwurf über die Berufs- vereine.

In Nr. 8 der „Neuen Gesellschaft“ veröffentlicht Genosse Rechtsanwält W. Heine über diese jetzt aktuelle Materie einen Artikel, den wir im Nachstehenden zum Abdruck bringen:

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend gewerbliche Berufsvereine, der nach mehr als zehn-jährigen Vorarbeiten endlich dem Reichstage vorgelegt worden ist, beweist von neuem die Unfruchtbarkeit einer Regierungspolitik, die nicht von der einheitlichen Ueberzeugung einer großen Partei getragen wird, sondern nach allen Richtungen Rücksichten nehmen will und muß. Hier lag eine Materie vor, deren Wichtigkeit für das öffentliche Leben auf allen Seiten eingesehen wird, und deren Neuregelung so dringend ist als möglich. Die öffentliche Meinung in sozialpolitisch interessierten Kreisen, die sich neuerdings besonders für Tarifverträge erwärmt, verlangte das Gesetz hauptsächlich, um für diese eine juristische Grundlage zu schaffen. Dies wäre um so nötiger, als die Rechtsprechung des Reichsgerichts derartigen Vereinbarungen, die auf eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in einem ganzen Gewerbe hinwirken wollen, gerabegun feindlich gegenübersteht. Das Koalitionsrecht der Arbeiter und zugleich ihre tariflichen Abmachungen mit den Unternehmern sind durch neuerliche absurde Auslegungen der Strafanordnungen der Gewerbeordnung völlig in Frage gestellt. Eine ebenfalls der Regelung bedürftige neue Gestalt des gewerblichen Lebens sind die Gewerkschaftsartelle, die noch immer juristisch in der Luft schweben, und deren gesetzliche Behandlung von Zufälligkeiten abhängt. Noch eine ganze Reihe ähnlicher Stoffe, wahrlich reizvoll genug für eine tatkräftige gesetzgeberische Aktion, drängte sich auf; an alle diese Fragen rührt der Gesekentwurf nicht.

Das Beste an dem Entwurf, der angeblich den Berufsvereinen der Arbeiter eine wirksame Besserung ihrer Lage bringen soll, ist, daß die Arbeitervereine nicht gezwungen sind, von seinen Segnungen Gebrauch zu machen. Sie sollen das Recht erhalten, aber nicht genötigt sein, sich die Stellung juristischer Personen durch Eintragung ins Vereinsregister zu verschaffen, die ihnen nach dem Bürgerlichen Gesekbuch verschlossen ist, weil die Polizeibehörde ein Widerspruchsrecht gegen die Eintragung aller Vereine hat, die sozial-

politische oder politische Zwecke verfolgen. Dies Widerspruchsrecht soll der Polizeibehörde nun genommen werden, wenn die Vereine im übrigen den Anforderungen des Gesetzes entsprechen.

Es soll anerkannt werden, daß den Berufsvereinen, die nach diesem Gesetz die Rechtsfähigkeit nachsuchen und erlangen würden, gewisse Freiheiten in Aussicht gestellt sind, die gegenüber dem Vereinsrecht einiger Bundesstaaten eine Verbesserung bedeuten würden. Dies betrifft namentlich die Zulassung von minderjährigen Personen über sechzehn Jahre und Frauen zu den Veranstaltungen des Vereins, die z. B. in Sachsen, Bayern und den Reichslanden, teilweise auch in Preußen erheblich erschwert ist. Dies ist aber auch ziemlich alles. Dafür sollen die Vereine Kontrollbestimmungen unterstellt werden, die viel größere Störungen verursachen, als diese kleinen Vorteile wert sein würden, und die für manche Bundesstaaten eine völlig neue Einschränkung des Vereinsrechts bedeuten. Darüber später.

Indessen sollen auch die wirklichen Vorteile des Gesetzes keineswegs allen Berufsvereinen zugute kommen, vielmehr ist der Kreis so beschränkt, daß nach meiner Meinung sämtliche Gewerkschaften, nicht bloß die freien, sondern auch die sogenannten christlichen, die Hirsch-Dunderschen, selbstverständlich die polnisch-nationalen von der Eintragung und der Erlangung der Rechtsfähigkeit ausgeschlossen sind oder daß sie doch jederzeit nach der Laune der Behörden mit Hilfe einer Auslegung, die man nicht einmal gesekwidrig nennen dürfte, davon ausgeschlossen werden können.

Gänzlich ausgeschlossen von dem Gesetz sollen zunächst alle Berufe sein, die nicht unter die Gewerbeordnung fallen, also Eisenbahner, einschließ-  
lich der Arbeiter in Eisenbahnwerkstätten, Seeschiffer, Fischer, Apothekenangestellte, Rechtsanwaltsgehilfen, Landarbeiter und andere.

Im übrigen sollen die Eintragung erlangen dürfen Vereine, deren Zweck nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Berufe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung seiner Mitglieder gerichtet ist. Unterstützungsvereine aber, die einen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gewähren, sind wieder ausgenommen und fallen unter das Versicherungsgesek. Welche Interessen „unmittelbar“ mit dem „Berufe“ der Mitglieder in Verbindung stehen, ist Sache der Auslegung. Die Motive sprechen nicht nur von materiellen, sondern auch von geistigen Interessen und be-  
heißen eine loyale Handhabung dieser Bestimmungen. Aber wir sind daran gewöhnt, daß Versprechungen dieser Art später von der Praxis nicht eingelöst werden. Jedenfalls ist so viel bereits klar: sucht eine Gewerkschaft die Bildung ihrer Mitglieder auf anderem als rein „gewerblichem“ Gebiet zu heben, so ist sie von der Anwendung des neuen Gesetzes ausgeschlossen. Nun gibt es aber kaum eine Gewerkschaft, die nicht auch allgemeine Bildungszwecke verfolgte, und gerade in diesen Kulturbestrebungen liegt nicht der unwichtigste Teil der Gewerkschaftsbewegung, so daß sie sich selbst degradieren würde, wenn sie darauf verzichten wollte.

Bei der Stellungnahme zu politischen Projekten allgemeinen Charakters können die Gewerkschaften sich erst recht nicht auf die ausschließlich und unmittelbar ihr Gewerbe betreffenden Punkte beschränken. Man denke an Gesetze, die das gewerbliche Leben allgemein betreffen, wie das Zuchttausgesetz, die Zollgesetzgebung und dergl. Die Motive verraten deutlich, mit welcher Mangelhaftigkeit man gerade die politische Betätigung der Berufsvereine einengen will. Daß die Praxis darin eher noch weiter gehen würde, ist un-  
zweifelhaft.

Wenn aber wirklich ein Verein sich allen Bedingungen unterwerfen wollte, um die Eintragung zu erlangen, so droht ihm eine Kontrolle, die jede freie Betätigung lahmlegen muß. Die Rechtsfähigkeit kann ihm entzogen werden, wenn er Zwecke verfolgt, die der eingeschränkten Wirksamkeit solcher Vereine versagt bleiben sollen. Wenn also z. B. eine eingetragene Gewerkschaft aus ihren Mitteln einen Streik eines anderen Berufes unterstützte, würde ihr die Rechtsfähigkeit entzogen werden können. Auch einzelnen Mitgliedern soll ein Klagerrecht in solchen Fällen zustehen. Die Entziehung der Rechtsfähigkeit wird aber auch angedroht, wenn die Gewerkschaft unter ihren eigenen Mitgliedern einen Zustand herbeiführt oder fördert, der geeignet ist, die Sicherheit des Reichs oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen, oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen. Damit könnten in erster Reihe alle größeren Bergarbeiterstreiks unmöglich gemacht werden, ebenso alle Ausstände in elektrischen Werken, Gaswerken und dergl.

Die Anmeldevorschriften, die bisher in vielen Bundesstaaten bestanden, sollen in einer Weise geändert werden, die lediglich eine Erleichterung für die Polizei bedeutet. Die täglich massenhaft einlaufenden Anzeigen von neu eintretenden und austretenden Mitgliedern, die für die Polizei nur eine Plage bedeuteten, sollen wegfallen, dafür soll aber der Verein ein Register nach Vorschrift des Bundesrats führen, in das die Polizei jederzeit Einblick nehmen kann. Bequemer kann man es der Polizei nicht machen. Dadurch sollen die Gewerkschaftsmitglieder auch dort unter polizeiliche Kontrolle gestellt werden, wo sie, wie bisher in Württemberg, ihr nicht unterworfen waren. Bekanntlich kommen fortgesetzt neue Fälle vor, in denen die Polizei ihre Kenntnis der Mitgliederbergschnisse benützt, um die Arbeitgeber über ihre Arbeiter zu informieren, und die gewerkschaftlich Organisierten aus dem Brot zu bringen.

Was bedeutet nun die Rechtsfähigkeit selbst, für die die Gewerkschaften so große Opfer bringen sollen? Die Hauptsache ist, daß § 31 des Bürgerlichen Gesekbuchs auf die eingetragenen Gewerkschaften Anwendung finden würde. Danach würden die Gewerkschaften mit ihrem Vermögen für den Schaden haften, den ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene zum Schadenersatz verpflichtende Handlung einem Dritten zufügt. Das Verbandsvermögen würde auch haftbar gemacht werden können für Schadens-

ansprüche, die irgend welche von der Gewerkschaft zu besonderen Zwecken bestellte Mitglieder in Ausführung ihres Auftrages verursachen. (§ 831 B.G.B.)

Wenn man sich klar macht, daß die heutige Rechtsprechung in unentbehrlichen und loyalen Mitteln der Ausübung des Koalitionsrechts, in der Anfröndigung von Streiks, in Sperren, ja in ganz friedlichen Verhandlungen über Lohn-erhöhungen oder Einstellung von Arbeitern Handlungen gesehen hat, die „gegen die guten Sitten verstoßen“ und deshalb zum Schadenersatz verpflichtet, ja daß sie darin strafbare Delikte der Nötigung und Erpressung erblickt hat, so muß man sich sagen, daß jede Erweiterung der Haftung der Berufsvereine zu deren vollständigen Ruin führen würde, solange das Koalitionsrecht der Arbeiter gegen solche unberechenbare Beeinträchtigungen nicht geschützt ist.

Aus diesem Grunde würden vermutlich sehr wenige Arbeitervereine, die es mit der gewerkschaftlichen Aufgabe ernst meinen, sich auf Grund des neuen Gesetzes eintragen lassen. Auch die christlichen Verbände können es nicht, wenn sie nicht vollkommen auf das Niveau gelber Gewerkschaften herunter sinken wollen. Für solche freilich, für ausgesprochene Streikbrechervereine, ist das Gesetz wie gemacht. Es bietet geradezu einen Anreiz für die Arbeitgeber, solche Vereine zu gründen, sie mit Kapitalvermögen, Vereinshäusern und ähnlichen Schenkungen auszustatten, die Mitglieder an dem Genuß dieser Vergünstigungen zu interessieren, um dann mit Hilfe des behördlichen Aufsichtsrechtes die Vereine vollkommen in der Hand zu haben, die jederzeit mit Auflösung bedroht werden könnten, wenn sie die engen Grenzen des Gesetzes im geringsten überschritten, d. h. wenn sie sich einmal unterfangen wollen, wirklich ernsthaft Arbeiterinteressen zu vertreten.

Die Arbeiterschaft kann deshalb dem Gesetzentwurf nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern muß ihn entschieden ablehnen; weil er eine Korruption in den Arbeiterkreisen groß zu ziehen geeignet ist.

Die Gewerkschaften werden gern auf solche Rechtsfähigkeit verzichten, sie sind bei dem bisherigen Zustand recht gut ausgekommen. Bei einiger Korrektheit der Geschäftsführung läßt sich das Vermögen der Gewerkschaften vollkommen sichern; auch der Erwerb von Grundeigentum läßt sich durch Treuhänder bewerkstelligen. Zwar wird den Vereinen als solchen bis jetzt nicht gestattet, zu klagen, obgleich hervorragende Juristen

ihnen auch dieses Recht zusprechen, und die Praxis möglicherweise mit der Zeit den Bedürfnissen des Verkehrs folgen wird. Aber es geht auch ohne dies. Da die Verbände ihre Forderungen formlos abtreten können, und hierzu je nach der Fassung der Statuten die Unterschrift weniger Vorstandsmitglieder ausreicht, können einzelne Mitglieder mit der Anstellung notwendiger Anlagen beauftragt werden. Diese spielen jedoch in der Verwaltung der Gewerkschaften keine große Rolle.

Die Gewerkschaften haben bewiesen, daß sie, trotz ihrer ungünstigen Rechtsstellung, imstande sind, ihre große kulturelle Mission zu erfüllen. Ihre Unterstützungsanstalten funktionieren ausgezeichnet, ihr Verwaltungsapparat arbeitet korrekt, Schritt für Schritt bringen sie vor trotz aller Schikanen und Verfolgungen. Die Tarifverträge, wegen deren man die Rechtsfähigkeit forderte, sind entstanden und haben sich bewährt ohne sie.

Deshalb wird die Sozialdemokratie den Gesetzentwurf ablehnen, selbst auf die Gefahr hin, wieder einmal beschuldigt zu werden, daß sie eine sozialpolitische Wohlthat schändlich zurückgewiesen habe.

### Und immer noch Fleischnot und kein Ende!

Von Vierteljahr zu Vierteljahr geht nummehr fast seit zwei Jahren der Fleischkonsum des deutschen Volkes, d. h. in der Hauptfache der Arbeiterbevölkerung, zurück. Dieser Rückgang fällt in eine Periode wirtschaftlichen Aufschwunges, in der auch das Lohnniveau eine steigende Richtung angenommen hat. Wenn trotzdem der Fleischkonsum so auffallend zurückgeht, so kann der Grund dafür keineswegs nur im Mißverhältnis zwischen Fleischpreisen und Einkommen liegen, sondern es muß eine starke Abnahme der Leistungsfähigkeit der deutschen Viehzucht eingetreten sein, die dem Konsum eben nicht mehr die Menge von Schlachtvieh zu liefern vermag, an die die Bevölkerung bis vor kurzem gewöhnt war. In der Tat ist dies der Fall. Es mag noch eine Reihe Nebengründe geben, die die Preissteigerung von Fleisch verschärfen haben, so vor allem die Grenzsperrre. Aber alle Nebengründe reichen nicht aus zur Erklärung des starken Rückganges des Fleischverbrauches. Die Entwicklung der deutschen Viehzucht hat in den letzten Jahren nicht so zugenommen, wie es der Zunahme der Bevölkerung entsprechen haben würde. Das ist das wichtige Ergebnis der Viehzählung des Jahres 1904. Die Viehbestände sind in dem Zeitraum 1901—1904 langsamer gewachsen als in dem ein Jahr kürzeren Periode 1898—1900. Verfolgen wir die Entwicklung der Viehzucht an der

Hand der Zählungen seit 1892, so läßt sich dieses ungünstige Ergebnis mit Händen greifen. Für Rindvieh, das für die Fleischversorgung nächst Schweinen am wichtigsten ist, ergeben die Zählungen folgende Resultate für das Reich:

	1000 Stück	Jährliche Zunahme in 1000 Stück
1892	17 555,7	—
1897	18 490,8	187,0
1900	18 939,7	149,6
1904	19 331,6	97,9

Die Bestände an Rindvieh wachsen also schon seit 1897 langsamer an als während der Periode 1892—1897. Der jährliche Zuwachs betrug in den letzten Perioden nur noch wenig über die Hälfte von dem Zuwachs während der ersten Periode. Noch ungünstiger stellt sich das Verhältnis für Schweine, wo die jährliche Zunahme in der ersten Periode 156,2, in der zweiten 108,1 und in der dritten nur 69,8 Tausend Stück betrug. Man zählte nämlich in Preußen an Rindvieh in 1000 Stück:

	1892	1897	1900	1904
	9871,4	10 552,7	10 877,0	11 156,1

Es fehlt während der letzten Periode sogar nicht an Provinzen, in denen der Rindviehbestand absolut zurückgegangen ist, so in Schlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und im Rheinland. Bei Schweinen ist die ungenügende Zunahme der Bestände gleichfalls erheblich. Man zählte nämlich im Reich:

	1000 Stück	Jährliche Zunahme in 1000 Stück
1892	12 174,8	—
1897	14 274,6	420,0
1900	16 807,0	844,1
1904	18 920,7	522,5

Hier bleibt die Zunahme in der Periode 1901 bis 1904 erheblich hinter der in der Periode 1898 bis 1900 zurück. Wieder stellt sich der Zuwachs in Preußen am ungünstigsten. Er betrug hier in der ersten Periode 332,9, in der zweiten 525,6, dagegen in der dritten nur 399,2 Tausend Stück. Daß der Bestand an Schafen zurückgeht, ist eine schon lange beobachtete Tatsache. Bemerkenswert ist nur, daß der Grad des Rückganges in der Periode 1901—1904 wieder erheblich stärker war als 1898—1900. Eine Betrachtung der bloßen Stückzahl ergibt schon ein starkes Nachlassen des Wachstums der Viehbestände. Es ist aber auch zu vermuten, daß der Viehbestand an Gewicht verloren und daß die Altersgliederung des Viehs sich gegen die früheren Zählungsperioden ungünstig verschoben hat. So lagen die Verhältnisse Ende 1904, als die Wirkungen der Futternot sich stärker und stärker bemerkbar machten. Nach einer kurzen Periode des gesteigerten Viehverkaufs gingen die Preise zu steigen an, verhinderten bei den knappen Futtermitteln und den hohen Viehpreisen eine vorsorgliche Aufzucht; man verkaufte bei den hohen Preisen das Schlachtvieh sofort als möglich erst recht. Und in dieser Beziehung hat sich anscheinend

### Auch eine Konkurrenz.

Von Georges Renard.

Deutsch von Marie Kunert.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Die Kirche und diese Statue paßten wundervoll zu einander. Es waren zwei Momente des modernen Gottesdienstes, das Werk einer auf das Gefällige bedachten Pietät, das an den schreienden, gewöhnlichen Luxus eines Theaterkaales erinnerte. Das ganze war hundert Jahre und tausend Meilen weit entfernt von dem feierlichen Frieden, der von den alten Kathedralen ausgeht, von dem mystischen Schleier, der dort die Sinne und Gedanken sanft einhüllt. Man empfand hier den Eindruck des Kalten und Gefühlslosen wie bei den Blumensträußen, die sich zu beiden Seiten der Jungfrau mit ihren duftlosen Blumen steif emporrückten.

Brigitta hatte sich entschlossen, hinter mir in die Kapelle einzutreten. Ich sah sie mit dem zögernden Schritt der Bäuerin, die einen Salon betritt, näher kommen, vorsichtig auf einer neuen Bank niederzukeilen, ein Gebet murmelnd, dann aus ihrem Korbe eine kleine Kerze hervorholen, diese mit ihrem Messer in zwei Stücke schneiden und die eine Hälfte auf dem Eisenstift befestigen, der dazu bestimmt war, derartige Opfergaben zu tragen. Sie zündete das Ende an, das jetzt nicht größer als ein gewöhnliches Licht war, warf sich auf die Knie und murmelte wieder einige Worte, unter denen ich den Namen der

Schwarzen zu unterscheiden glaubte; dann ging sie, nachdem sie sich bekreuzigt und der Madonna, die noch immer liebenswürdig lächelte, eine tiefe Verbeugung gemacht, hinaus und warf etwas in den Opferstock, der recht hohl klang. Unter dem Portal holte ich sie ein. Sie machte ein halb ärgerliches Gesicht.

„Das ist eine schöne Rebellin,“ sagte ich, um sie zum Sprechen zu bringen.

„O! schön? Ja, sie wird wohl schön sein. Man kann wenigstens nit das Gegenteil sage. Und die Muttergottes muß viel Geld gefostet habe; sie ist so schön angeputzt. Aber ich weiß nit . . . ich kann nit dafür . . . ich hab halt kein Vertrauen. Sie ist zu schön.“

„Dann wollen wir zu der anderen gehen,“ sagte ich zu ihr.

Aber wo war die andere? Sie war unsichtbar und der Hügel menschenleer. Auf's Geratewohl hogen wir in einen Pfad, der über eine Wiese führte, einen Graben überschritt und dann eine Hagedornhecke durchbrach. Nöcklich standen wir still; ein großer Mann kam gerade auf uns zu. Sein Anzug deutete auf Wohlhabenheit, hatte aber einen ländlichen Schnitt; sicher war das kein Bauer, auch kein Pariser in der Sommerfrische, sondern ein Kaufmann oder Bürger aus einer kleinen Stadt.

„Sind wir auf dem richtigen Wege zur alten Kapelle?“ fragte ich ihn. „Gewiß, mein Herr,“ wurde mir mit sichtlichem Zuversicht geantwortet. „Aber sagen Sie bitte ganz einfach die Kapelle. Die andere zählt nicht; das ist nicht die echte.“

Ich hörte, wie Brigitta hinter mir einen dumpfen Laut ausstieß. „Nun,“ fuhr der Mann fort, „wenn Sie von da unten kommen, gute Frau, dann können sie sich sagen, daß ihre Mühe vergebens war. Der Bau da ist nur auf Täuschung berechnet. Sie haben ihn so recht sichtbar dahingeseht, um die Leute anzulocken. Bunt beklebt haben sie ihn auch, um die Mücke auf sich zu ziehen. So fangen sie auf dem Wege manche braven Leute ab, die die Derslichkeit nicht genau kennen. Aber wenn sie auch noch so sehr Beklame machen, sie haben niemand hinter sich, und das ist gut so.“

Der Mann sprach in bitterem Tone, in dem sich Feindseligkeit mit Berachtung mischte. Man hätte ihn für einen Geschäftsinhaber halten können, der über eine benachbarte Konkurrenzfirma herzog. Augenscheinlich bestand auch zwischen den beiden Wunderfabriken, die sich da neben einander befanden, eine gewisse Konkurrenz. Welches Interesse konnte aber der Mann haben, die eine auf Kosten der anderen herauszutreiben? Ich wußte es nicht, aber es war eines vorhanden, denn er begann von neuem: „Die Kapelle ist wenige Schritte von hier entfernt. Wollen Sie mir erlauben, Sie dorthin zu führen? — Bitte, danken Sie mir nicht; es wird mir ein wirkliches Vergnügen sein.“ Und mit der verbindlichen Miene eines Kaufmannes, der Kunden in seinen Laden nötigt, blieb er zurück, um uns voranzugehen zu lassen und folgte uns, während er uns mit Worten und Gebärden zurecht wies. „Nun durch die beiden Hecken! Jetzt links! Da sind Sie ja!“

1905 und 1906 nichts geändert. Anstatt auf eine Steigerung der Viehbestände bedacht zu sein, sucht man das anormale Preisniveau durch Aufzucht möglichst hoch verwertbaren Schlachtviehs auszunützen, unbekümmert um die Folgen einer solchen Wirtschaftsweise für die gesamte Volkswirtschaft. Hier zeigt sich eben, daß der Egoismus des einzelnen, der an sich durchaus berechtigt ist, zu ganz schädlichen Folgen für die Gesamtheit führt. Der vorübergehende Nutzen, den die hohen Viehpreise den einzelnen Landwirten bringen, hatte eine Schwächung der deutschen Viehzucht zur Folge, indem die Bestände weit stärker gelichtet wurden, als es sich mit einer rationalen Viehzucht, deren Aufgabe die auskömmliche Fleischversorgung des deutschen Volkes ist, einigermassen verträgt. Es ist nicht anzunehmen, daß schon in Kürze eine Wendung im günstigen Sinne eintreten wird. Ganz im Gegenteil steht eben jetzt eine neue Periode der Preissteigerung für Schlachtvieh ein, die in einer abermaligen Verteuerung des Fleisches zum Ausbruch gelangen wird. Die Folge wird eine weitere Verminderung des Fleischverbrauchs sein.

Angeichts dieser Sachlage muß man sich fragen, was getrieben könnte und müßte, um die Fleischzufuhr nach Deutschland zu erhöhen und namentlich den minder bemittelten Bevölkerungskreisen billigeres Fleisch zu liefern. Mit einer Öffnung der Grenzen ist es nicht getan, denn die uns benachbarten Länder können nicht entfernt das Defizit in Deutschland decken. Es müßte vielmehr die überseische Fleisch- und Vieheinfuhr förmlich organisiert werden, um namentlich den Industriezentren ausreichende Fleischmengen zur Verfügung zu stellen. Daß diese Lieferungen zollfrei eingehen müßten, braucht nicht weiter begründet zu werden. Durch diesen Wettbewerb würde der Preis für deutsches Fleisch nicht in dem befürchteten Maße geworfen, vielmehr ein starker Preisunterschied zwischen überseischem und deutschem Fleisch bestehen bleiben, wie dies ja auch in England zwischen überseischem und englischem Fleisch beobachtet wird. Weiter könnte durch Versorgung der Großstädte und Industriezentren mit Seefischen auch in etwas die Fleischknappheit vermindert werden. Der Konsum an Fischfleisch bleibt in Deutschland auch viel zu sehr hinter England und Amerika zurück. Geschicht aber in der Frage der Fleischversorgung nichts, so geht nicht nur der Konsum weiter zurück, auch die Volkskraft leidet unter der unbefriedigenden Ernährung; die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit werden dadurch untergraben.

Im Reichsamt des Innern werden den „Münch. Neuest. Nachr.“ zufolge auf Anordnung des Reichskanzlers gegenwärtig Erwägungen gepflogen, durch welche Maßregeln der Fleischnot und Fleischsteuerung zu steuern sei, ohne die Seuchengefahr für die einheimische Viehwirtschaft zu fördern. Das genannte nationalliberale Blatt fügt dieser Meinung hinzu: „Die unablässig aus allen Gebieten des Reichs, besonders aber aus den großen Städten

und dem industriereichen Westen einlaufenden Klagen, haben in amtlichen Kreisen doch starken Eindruck gemacht. Aber ob nicht in letzter Stunde der ungeminderte Einfluß der Agrarier und Konservativen doch noch die Ergreifung wirksamer Mittel zur Bänderung der sogar auf dem freitonserbativen Parteitag anerkannten Not verhindern wird, müssen wir dahingestellt sein lassen.“

Ueber das Steigen der Fleischpreise in Berlin macht die städtische Markthallen-Deputation interessante Mitteilungen in ihrem im Oktober 1906 fertiggestellten Bericht über das Jahr 1905. Es heißt da:

Der Fleischhandel gestaltete sich im Berichtsjahre äußerst schwierig. Die durch anhaltende Dürre des Sommers 1904 verursachte Mißernte beeinflusste den ganzen Fleischhandel höchst nachteilig. Die Viehzüchter sahen sich genötigt, ihre Bestände einzuschränken und alles wertvolle und zurückgebliebene Vieh, das keine gute Futterverwertung versprach, zu verkaufen. Es trat dann auch endlich der Viehmangel im ganzen Deutschen Reich ein, der schwer empfunden wurde und zu einer noch nicht dagewesenen Fleischsteuerung führte. Der im vorigen Jahre festgestellte Aufschwung in der Schweinezucht kam unter den schlechten Futterverhältnissen vollständig ins Stocken. Nicht allein, daß die Zahl der auf den Markt gebrachten Schweine immer mehr zurückging, so waren auch der Marktstand und das Gewicht der Tiere wesentlich geringer. Die Preise für Schweinefleisch erfuhr seit Beginn des Jahres eine stetige Steigerung. Der Durchschnittspreis des Vorjahres, der sich auf 52,3 Mk. für 50 Kilogramm gestellt hatte, erreichte in diesem Jahre die Höhe von 69,4 Mk. —

Interessant sind auch folgende Ausführungen des Amtsbilatts des Dresdener Raits:

„Es dürfte aber von Interesse sein, den Ursachen der anhaltenden Schlachtviehsteuerung etwas nachzugehen. Bekanntlich wurde die Schlachtviehsteuerung im vorigen Jahre auf den Viehmangel zurückgeführt, der durch die allgemeine Mißernte des Jahres 1904 veranlaßt worden ist. Dieser Viehmangel sollte, soweit er von landwirtschaftlicher Seite überhaupt als vorhanden zugestanden wurde, noch vor Ende 1905 durch Nachzuchten, sofern Schweine in Frage kämen, vollständig beseitigt sein und der preussische Landwirtschaftsminister stellte für 1906 so niedrige Preise für Schweine in sichere Aussicht, daß ihre Aufzucht nicht mehr lohnen würde. Trotzdem der guten Ernte von 1905 in diesem Jahre eine gleich gute gefolgt ist, haben sich die Versicherungen der Landwirte nicht erfüllt. Die Preise sind sogar weiter gestiegen. Und wie bei jeder Handelsware, regelt auch beim Schlachtviehhandel Angebot und Nachfrage den Preis, wenn nicht besondere Trust- und Ringbildungen in Betracht kommen. Die Nachfrage ist größer als das Angebot und deshalb die hohen Viehpreise. Wurde im vorigen Jahre zur Zeit der Handelsvertagsabschlüsse in der landwirtschaftlichen Presse ein Viehmangel überhaupt noch bestritten und

wurden damals zur Verschleierung dieses Mangels, wie vor kurzem veröffentlicht wurde, von der preussischen Landwirtschaft viele Tausende von Mark zur Verhütung einer Öffnung der Grenzen angewendet, so wird in diesem Jahre doch ein gewisser Mangel an Schlachtvieh zugestanden. Dieser und vor allem die hohen Fleischpreise sollen aber davon herrühren, daß der Bedarf an Vieh- und der Verbrauch von Fleisch infolge von wesentlich besserer Erwerbsverhältnisse ungewöhnlich gestiegen seien. Dies ist nicht zutreffend. Gerade das Gegenteil davon ist richtig. Trotz der allgemein besseren Erwerbsverhältnisse ist, wie gezeigt wurde, der Fleischverbrauch zurückgegangen. Es geht dies auch daraus hervor, daß nach den Ergebnissen der ersten drei Vierteljahre in diesem Jahre in Dresden nur etwa 288 000 Tiere zur Schlachtung kommen werden, während 1905 298 120 Tiere und 1904 311 234 Tiere geschlachtet worden sind. Innerhalb dreier Jahre ein Rückgang der Schlachtungen um mehr als 23 000 Tiere. Dieser Rückgang ist aber keineswegs eine Sondererscheinung für Dresden. Er ist in vielen anderen Städten sogar noch bedeutender. So wird aus Köln, dessen Verwaltungsbericht auf die Zeit vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 hier vorliegt, berichtet, daß dort in diesem Jahre allein 24 000 Schweine weniger geschlachtet worden sind als im Jahre vorher. Angesichts solcher Tatsachen wird niemand behaupten können, daß der Fleischverbrauch gestiegen sei. Noch bedeutender als die Schlachtungen hat die Zahl der auf den Viehhöfen zum Verkauf gestellten Tiere abgenommen. Gegen 1904 werden hier in diesem Jahre fast 30 000 Tiere weniger zum Markte aufgetrieben werden. Es dürfte dies genügen, um den Mangel an Schlachtvieh darzutun. Dieser Mangel ist zweifellos auf eine ungenügende Viehproduktion zurückzuführen. Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß jetzt weniger Vieh in Deutschland produziert würde als in den Jahren vor der Steuerung. Die Angaben der Landwirte, es werde jetzt von ihnen mehr Schlachtvieh als früher zum Verkauf angeboten, können zutreffend sein. Aus allem scheint aber hervorzugehen, daß die heimische Landwirtschaft doch nicht in solcher Weise den Fleischmarkt zu versorgen vermag, daß nicht wegen allzu hoher Fleischpreise eine Unterernährung breiter Volksschichten zu befürchten ist.“

### Die Zentralisation der Berliner Ortskrankenkassen.

So lautete das Thema, über welches Genosse Bauer in der am 7. November stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte. Seinen vortrefflichen Ausführungen entnehmen wir folgendes:

Von den im Deutschen Reich vorhandenen drei großen Versicherungen, als Kranken-, Unfall- und Invaliditäts-Versicherung, ist erstere die am meisten zersplitterte. Der Hauptgrund dieser Zersplitterung dürfte in erster Linie darin zu suchen sein, daß die

Die Feuchtigkeit hatte ihr, wie ein Ausatz, das Antlitz zerstört.

So, wie sie hier stand, mußte sie aber doch der bevorzugte Liebling des lieben Gottes oder wenigstens der Pilger sein, so viele Totbilder prangten um sie her. Ein bizarres Durcheinander herrschte in diesem Museum der bittenden oder dankenden frommen Ergebenheit. Hier hing ein hölzernes Bein herab, das Andenken an eine wunderbare Heilung, welche unsere liebe Frau mit den sieben Schmerzen an einem Beine von Fleisch und Knochen vollzogen hatte. Eine Babyfigur in einem bemalten Karton erinnerte an ein durch die jungfräuliche Mutter von Krämpfen gerettetes Kindlein. An anderen Stellen bezogenen dreieckige Papierstücke, von denen sich bunt umrahmte schwarze Ziffern abhoben, daß die Hand der Muttergottes durch einen frommen Betrug das Lotterielos zugunsten ihrer glücklichen Schützlinge gewandt hatte. Das Tafelchen der Bligen hing neben dem des Bauern — die Gleichheit vor dem Wunder! Ein Graf, der im letzten Kriege verwundet und für tot auf dem Schlachtfelde zurückgelassen wurde, hatte die heilige Jungfrau von Montmelian angerufen; alsbald wurde er gefunden, ins Leben zurückgerufen und gepflegt, und in mit Stolz gemischter Dankbarkeit beehrte er sich, jedem hier die Gnade anzufindigen, mit welcher der Himmel seine Person aechtet hatte. Tier und Mensch hatten hier Brüderchaft geschlossen. Ein Stück Wachs, das roß die Gestalt eines Schweines wiedergab, bewies, daß die Hand der

Wir befanden uns vor einem kleinen, von einem niederen Zaune umgebenen Gebäude. Ein von Regen und Moos dunkel gewordenes Ziegeldach verbarg sich unter einem Wärrgewirr und schien selbst wieder das verbergen zu wollen, was es bedekte, denn es reichte wie der Hut eines Champignons fast bis auf den Boden herab. Darüber erhob sich ein offenes Glockentürmchen ohne Glocke wie ein Käfig ohne Vogel. Ein Sahn mit verblähten Farben schien aus jenem entflohen zu sein und saß dafür auf dem Giebel. Diese Kapelle, bescheiden wie eine Hütte, roß förmlich nach naivem Glauben. Fünf oder sechs verstreute Gräber bildeten ihre ebenso alte und dürftige Umgebung. Das eine, von Buchsbaum umrahmt, verschwand fast unter dem Fein, der seine glänzenden Blätter bis zu dem Kreuze aus schwarzem Holze emporranken ließ; einem anderen, das früher sehr stattlich gewesen sein mußte, hatte die Zeit das eiserne Gitter, den Denkstein und die Inschrift, die den Vorübergehenden die Titel und Tugenden des Verstorbenen verriet, zerstört. Luzus und Göttheit waren in dieser einfachen Umgebung vergangen. Auf diesem Friedhofe war der Mensch gänzlich besiegt. Das Vergessen bemächtigte sich hier wie ein nochmaliger Tod seines Namens. Die umgebende Natur warf ihre grüne Hülle über die, welche sie in ihrem Schoße aufgenommen hatte, und aus ihrem fruchtbaren Staube ließ sie rot wie Blut, glänzend wie ein Triumphgesang den Purpur der Rosen und Geranien, wie die roten Perlen der Eberesche erstehen. Ohne Trauer und Wider-

willen dachte man hier an den Uebergang vom Leben zum Tode und wieder zum Leben, der alle Dinge in dem Kreislauf einer immerwährenden Metamorphose wandern heißt.

„Hier muß es sich gut träumen lassen, und gut muß es sein, hier zu ruhen,“ sagte ich laut. „Nicht wahr, mein Herr,“ rief unser Führer, der diese Worte wie ein persönliches Kompliment einzufangen schien. „Es ist gewiß nicht gut unterhalten; das Gras wächst in den Allen, wie es will; aber ein Friedhof ist doch auch kein Garten, und eine Kapelle ist kein Salon, wie Sie sehen.“

O nein, durchaus kein Salon, eher eine Höhle! Ein enger viereckiger Raum, wo höchstens fünfzehn Personen Platz hatten; eine feuchte Luft, ein fader Schimmelgeruch, ein Zwielicht, in dem man kaum einen Gegenstand deutlich erkennen konnte, statt aller Möbel zwei Holzbenke ohne Lehne, die eine rechts, die andere links an die Mauer gelehnt, nichts was den Geist von der sonderbaren Figur ablenken konnte, die schon beim Eintritt den Blick auf sich zog und festhielt. Ganz im Hintergrunde, von einer Lampe triibe beschienen, mit dem Kopfe an die Decke stoßend, den Körper in die Mauer gezwängt, erhob sich eine grauhaarige Madonna; ihr feineres Gewand fiel steif, streng und feierlich, ohne eine Falte, ohne Schmuck herab und bildete ein Dreieck, das sich von ihrem Halse bis zu den Füßen ausbreitete. Welcher Unterschied im Vergleich mit ihrer Nachbarin! War das dieselbe Person? Sie besaß keine Anmut, kein Lächeln, sie hatte nicht einmal ein Gesicht.

Krankenversicherung seit dem 1. Oktober 1884 nicht mehr staatlich ist. Durch das jetzige Gesetz, welches hier Orts-, Gemeinde-, Betriebs-, Bau- und Innungskrankenkassen zuläßt, im ganzen sind es ca. 23 000 Kassen in Deutschland, erwachsen verschiedene Rechte für den Arbeiter. Durch die Bestimmungen des Gesetzes wird er bald in diese, bald in jene Kasse gedrängt und dadurch oftmals in seiner Existenz schwer gefährdet, ja oft unmöglich gemacht. Während nun die Gemeindefrankenkassen in ihrer Mehrzahl gar nicht leistungsfähig, sind die Betriebskrankenkassen direkt schädlich für den Arbeiter. Die Verhältnisse liegen hier so, daß die Arbeiter über die Verwaltung keinen Ton zu sagen haben, der Unternehmer einzig und allein die ganze Gewalt ausübt. Auch in den Innungskassen sind die Arbeiter nicht viel besser daran, sofern es ihnen gelingt, die Majorität im Vorstand zu haben. In Berlin selbst gibt es 55 Ortskrankenkassen, 53 Betriebskrankenkassen, 20 Innungskrankenkassen und 1 Gemeindefrankenkassenversicherung, daneben existieren noch 33 Hülfskassen.

Die Zahl der im Jahre 1905 Versicherten, ausschließlich der in Hülfskassen, betrug 632 322 Personen. Die Schädlichkeit einer derartigen Zersplitterung macht sich denn auch in Berlin am meisten bemerkbar. Sie wird noch erhöht durch den Umstand, daß verschiedene große Industriezweige auf mehrere Ortskrankenkassen verteilt sind. So sind in der Metallindustrie 14, der Holzindustrie 12 und in der graphischen Industrie 4 Kassen vorhanden. Bedenkt man, ein Buchbinder wechselt das Jahr über fünf bis sechsmal seine Stelle (und solche Fälle stehen nicht vereinzelt da), indem er bald in einer Buchbinderei, Buchdruckerei oder auch in einer Stein-druckerei arbeitet, so muß er auch der Kasse, die für den betreffenden Zweig der graphischen Industrie besteht, angehören. Der Betroffene ist dann immer infolge geschädigt, daß er immer nur Anspruch auf die Mindestleistungen der Kassen hat. Um den Wert einer Zentralisation der Ortskassen kennen zu lernen, betrachte man sich die Kassenverhältnisse in Leipzig, Dresden, München und verschiedenen anderen Großstädten. In genannten Orten besteht nur eine Ortskrankenkasse. Die Leistungen einer solchen Kasse können infolge ihrer großen Mitgliederzahl bedeutend höhere sein. Nicht nur, daß eine solche über die gesetzliche Höchstleistung hinausgeht, haben verschiedene Kassen eine Familienversicherung, eine Schwangerschaftsversicherung zur Einführung gebracht, ja eigene Lungenheilstätten und Sanatorien sind errichtet worden. Wenn man sieht, wie nützlich eine solche Zentralisation ist, so ist das in Berlin bei der Zersplitterung ausgeschlossen. Ein Teil der Kassen verfügt nur über ein geringes Vermögen. Nur einer Kasse ist es endlich möglich, und zwar der größten mit ca. 100 000 Mitgliedern, eine eigene Lungenheilstätte zu errichten. Im übrigen sind die heilungs- und genehmungsfähigen Mitglieder auf die Landesversicherung und das rote Kreuz angewiesen. Ein weiterer Mangel besteht noch darin, daß ein Arbeiter, der nach einem Vorort in Arbeit geht, Mitglied der betreffenden Vorortkrankenkasse sein muß.

Muttergottes sich ohne Widerwillen auf jedes leidende Wesen erstreckte.

Wie ein Cicerone von Beruf erzählte mir der Mann die Geschichte jedes interessanten Falles. Mit wahren Vergnügen schwamm er im Uebernatürlichen umher. Bewundernswert wußte er Bescheid um die Bräuche und Gewohnheiten der Muttergottes. Er erklärte mir den Inhalt der Bilder, auf denen ein dörflicher Künstler, der mehr mit grellen Farben als mit der Perspektive vertraut war, auf Bestellung verschiedene und doch immer gleiche Szenen dargestellt hatte, deren Hauptperson stets die Muttergottes war. Immer strahlte sie in der Mitte, von einem goldenen Heiligenschein umgeben; aber bald hielt sie eine Frau in den Armen, die aus dem Fenster stürzte, bald erschien sie in riesiger Gestalt in einem Pferde-stalle, wo ein Pferd, das viel kleiner als sie selbst war, dahinsiechte. Mein Führer erklärte mir mit unermüdbarem Geduld, woher dieser künstliche Arm oder jene Krücke stammten; mit etwas schalkhaftem Lächeln zeigte er mir kleine Bögen, die hier und da von jungen Eheleuten, die sich ein Kind wünschten, aufgehängt waren; sie waren blau, wenn ein Knabe, weiß, wenn ein Mädchen gewünscht wurde, damit die Jungfrau sich nicht irren konnte. Allein allmählich wurde ich es müde, seinem ausgestreckten Finger durch die Menge der Motivbilder zu folgen, die dicht gedrängt die Wände bedeckten bis fast zu den Stufen des Altars hinauf.

(Schluß folgt.)

Diese Vorortkassen sind auch mehr oder weniger nicht leistungsfähig. Das Bestreben nun dahin, die Zentralisation nicht nur über Berlin, sondern über Groß-Berlin auszudehnen.

Ein derartiges Bestreben ist nun vom Oberpräsidenten zu Potsdam kürzlich abgelehnt worden mit der Begründung, daß eine derartige Kasse zu groß und die Einrichtung einer solchen Kasse zu schwierig sei.

Schon Mitte der neunziger Jahre war eine Strömung vorhanden, die Kassen zu zentralisieren. Doch stieß man bei einigen Kassen auf Widerstand, obwohl der Magistrat einem solchen Projekt sympathisch gegenüberstand. Nachdem der Widerstand der einzelnen Kassen gebrochen war, wollte der Magistrat nicht.

Durch die beiderseitige Ablehnung ist zu ersehen, daß es der Regierung ein Dorn im Auge ist, daß der Arbeiter von dem ihm gesetzlich zustehenden Recht der Selbstverwaltung Gebrauch gemacht hat. Im Reichstag ist schon des öfteren Klage geführt worden, daß die Beamten zu sozialdemokratischen Parteizwecken ausgenutzt würden. Herr Dr. Mugdan betreibt insbesondere eine große Hege gegen die von Arbeitern verwalteten Kassen. Reichsanzler Fürst Wilow hat im preussischen Herrenhause erklärt, daß die Regierung eine Veränderung der sozialdemokratisch durchgeführten Kassen vornehmen muß. Einem solchen Bestreben der Regierung muß seitens der Arbeiterschaft ganz energischer Widerstand entgegengesetzt werden. Wir müssen unser Votum dahin abgeben, daß wir für eine Vereinheitlichung stimmen, dabei das Selbstverwaltungsrecht uns nicht rauben lassen.

Nachdem an eine Zentralisierung nicht zu denken ist, hat man sich entschlossen, eine Vereinigung zu Industriezweigen herbeizuführen. Es würden demnach nur noch 8 Ortskrankenkassen für Berlin existieren. Nachdem jedoch auch dieser Vorschlag vor kurzem abgelehnt worden ist, sei es nun Sache der Gewerkschaften, ihre Mitglieder so zu interessieren, daß diese die Zentralisation wünschen. Dieses Interesse muß in jedem Mitgliede wachgerufen werden, schon aus dem Grunde, weil der Arbeiter das bis jetzt wieder genommen werden soll.

### Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Absperrungen im Jahre 1905.

IV.

Eine wenn möglich noch eindringlichere Sprache an die Arbeiterschaft, sich zur Wahrung ihrer Interessen immer fester zusammenzuschließen, reden die Verluste, welche dieselbe — leider! — auch in den Kämpfen des Jahres 1905 zu verzeichnen hat.

Arbeitszeitverlängerung hat stattgefunden, pro Woche

1	Stunde für 33 Arbeiter und Arbeiterinnen
2 1/2	" " " 29 " " "
3	" " " 61 " " "
5	" " " 8 " " "
6	" " " 44 " " "

Zusammen 257 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche für 595 Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit Angaben darüber gemacht sind. Da zwei Ver-

bände (Maurer und Schmiede) hierüber keine genauen Angaben machen konnten, so ist der Verlust in Wirklichkeit noch größer.

Auch Lohnkürzungen müssen leider festgestellt werden.

Es erlitten Lohnkürzungen pro Woche

		Arbeiter und Arbeiterinnen	
bis 50 Pf.			179
über 0,50 M.	bis 1,— M.		52
"	" 1,50 "		205
"	" 2,— "		97
"	" 2,50 "		76
"	" 3,— "		197
"	" 3,50 "		15
"	" 4,— "		2
"	" 5,— "		11

Zusammen 915 Arbeiter und Arbeiterinnen 1499 Mark Lohnkürzung pro Woche, und das nicht bloß in der Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur, sondern zugleich auch in einer Zeit der Lebensmittelpreiserhöhung, wie sie toller kaum jemals dagewesen.

In der Tabelle 1 sind die hauptsächlichsten Erwerbsgruppen der vorjährigen gewerkschaftlichen Kämpfe nach Berufsgruppen zusammengestellt und zwar getrennt nach den Erfolgen, die ohne und solche, die mit Arbeitseinstellungen erzielt wurden. Ebenso interessant dürfte eine Zusammenstellung der im Jahre 1905 abgeschlossenen korporativen Arbeitsverträge nach Berufsgruppen sein, wie wir sie in Tabelle 2 geben.

Bei dieser Aufstellung ist in der Gruppe „Graphische Berufe usw.“ zu beachten, daß die Buchdrucker eine allgemeine Tarifgemeinschaft haben, die relativ geringe Zahl der Tarifabschlüsse also keinen Rückschluß auf die allgemeine Stärke oder Schwäche der in Betracht kommenden Gewerkschaften zuläßt.

Nicht uninteressant dürfte eine Uebersicht darüber sein, in welcher Art bei den Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen die Differenzen beigelegt wurden. Die Statistik besagt darüber:

Von den 2763 Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden durch Vergleich beigelegt überhaupt 2400, (von den 205 Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen 187); im einzelnen wurden beigelegt 970 (94) Fälle durch Unterhandlungen zwischen den Parteien direkt, 477 (6) durch Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation, 35 (3) durch Vermittlung des Gewerbe-richts, 877 (97) durch Vermittlung der Organisationsinstanzen, 50 (0) durch Vermittlung anderer Personen oder Körperschaften. In Verhandlungen wurde eingetreten: Auf Antrag der Unternehmer 322 (16) mal, auf Antrag der Arbeiter 2057 (136) mal.

Betrachten wir die allgemeinen Ergebnisse der vorliegenden Statistik, so läßt sich, wie schon gesehen, feststellen, daß die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1905 Erfolge errungen haben, die die Erwerbsgruppen aller vorangegangenen Jahre bei weitem übertreffen. Und da die Ursachen noch immer fortwirken, die den Aufschwung der Gewerkschaften und deren intensive Kämpfe bewirkt haben — an-

Tabelle 1.

Gruppe	Arbeitszeitverkürzung						Lohnerhöhung					
	ohne Arbeits-einstellung		mit Arbeits-einstellung		zusammen		ohne Arbeits-einstellung		mit Arbeits-einstellung		zusammen	
	Personen	Stunden pro Woche	Personen	Stunden pro Woche	Personen	Stunden pro Woche	Personen	Stunden pro Woche	Personen	Stunden pro Woche	Personen	Stunden pro Woche
Baugewerbe . . . . .	23635	101884	27265	110732	50900	212616	186341	263326	67481	154895	203822	418221
Metallindustrie, Schiffsbau . . . . .	21648	74614	6008	22823	27656	97437	30306	51287	10002	23458	40208	74745
Graph. Industrie, Papierindustrie . . . . .	3677	12369	623	1556	4900	13925	3653	6290	638	1133	4291	7423
Holzindustrie . . . . .	11613	31089	14554	33902	26167	64901	18292	28340	15564	32502	33856	60842
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie . . . . .	4166	26747	190	738	4356	27485	14450	31378	1569	2880	10020	34158
Bekleidungs-, Leder-, Textilindustrie . . . . .	23817	109248	9900	29749	33717	138897	21464	34281	7699	15432	29163	49998
Sonstige Berufe . . . . .	15572	97566	3126	13967	18698	111533	54901	135633	9663	22583	64564	158236

Tabelle 2.

Gruppe	Bei den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen		Bei den Streiks und Absperrungen		Zusammen	
	in Fällen	für Beteiligte	in Fällen	für Beteiligte	in Fällen	für Beteiligte
Baugewerbe . . . . .		426		87 473	272	69 379
Metallindustrie und Schiffsbau . . . . .		88		9 585	54	4 051
Graph. Gewerbe u. Papierindustrie . . . . .		34		4 355	12	308
Holzindustrie . . . . .		132		11 146	187	21 073
Nahrungs-, Genussmittelindustrie . . . . .		121		11 804	5	746
Bekleidungs-, Leder-, Textilindustrie . . . . .		63		9 819	20	9 196
Sonstige Berufe . . . . .		118		17 561	31	1 795

dauernde Verteuerung aller Lebensmittel auf der einen Seite durch Zoll- und Liebesgabenpolitik und damit Hand in Hand gehend eine immer drückendere Belastung der Arbeiterklasse; auf der anderen Seite ein noch immer ausscherrungslüfternes Unternehmertum, das der Arbeiterklasse jeden Schritt kulturellen Vorwärtsschreitens freitrig macht — betrachten wir alles dies und die Tatsache dazu, daß diese Erzeugnisse nur erkauft werden konnten unter der Gunst einer außerordentlich guten Wirtschaftsjunktur, dann wissen wir auch, welche Aufgaben noch der organisierten Arbeiterschaft harren: Ausbau und Festigung der Organisation, um sowohl das Erzeugnisse in Zeiten sinkender Konjunktur zu erhalten, als auch dafür zu sorgen, daß dem noch immer anhaltenden Steigen der Kosten der Lebenshaltung ein noch flotteres Steigen der Löhne entgegengesetzt werden kann. Denn solange es noch möglich ist, daß das Unternehmertum selbst in Zeiten günstiger Konjunktur das Erzeugnisse verschlechtert, und sei es auch nur in bescheidenem Maße, aufdrängen kann, solange haben die deutschen Gewerkschaften ihre höchste Leistungsfähigkeit noch nicht erreicht. Solange ist aber auch noch keine Gewähr gegeben, daß in Zeiten sinkender Konjunktur das Erzeugnisse gehalten werden kann. Es gilt also, die vielleicht bald sich ihrem Höhepunkt nahe Zeit der guten Konjunktur noch für eine intensive Agitation auszunutzen, die Gewerkschaftsorganisationen zu einer Macht im Wirtschaftsleben zu gestalten, deren Erzeugnisse selbst die strupelloseste Unternehmerorganisation nicht anzutasten wagt. Denn noch kann keine Rede davon sein, daß die deutsche Arbeiterklasse auch nur annähernd die ihr durch eine reaktionäre Gesetzgebung aufgehaltene Verteuerung ihrer Lebenslage ausgleichend hätte — trotz ihrer großen gewerkschaftlichen Erfolge. Noch immer heißt es kämpfen für das zum Leben Notwendige — und darüber hinaus für eine höhere, den modernen Kulturereignissen wirklich entsprechende Lebenshaltung. —

**Lohnbewegungen.**

**Nachstehende Firmen sind gesperrt:** Zimmermann u. Co. in Düsseldorf, W. Börsch in Wien, Niand u. Morstadt in Lahr i. W., Jäger n. Sohn in Markneukirchen i. S., E. Bartels, Buchbinderi in Berlin-Weißensee, A. Rabite, Luxuspapierfabrik, und W. Beck, Kartonprägerei in Berlin.

**Zugung ist fernzuhalten von:** Arnstadt i. Th., Barmen, Breslau, Eisenach, Giberfeld, Erlangen, Falkenstein i. S., Flensburg, Magdeburg, München, Dessau, Laugensalz.

**Bei Schäfer in Magdeburg ist ein Streik ausgebrochen.** Im Ausstand befinden sich 10 Gehülfen und 20 Kolleginnen. Zugung nach Magdeburg ist strengstens fernzuhalten.

**Stuttgart.** Am Montag, den 12. November, fand im Sängersaal des Gewerkschaftshauses eine Versammlung aller Kontobucharbeiter und Arbeiterinnen statt mit der Tagesordnung: „Der Stand unserer Tarifbewegung und Bericht über die letzten Verhandlungen mit den Prinzipalen“.

Referent Kollege Frey gab einen Ueberblick über unsere Tarifbewegung bis zu der letzten stattgefundenen Verhandlung. Zu dieser übergehend, erwähnte er, daß mit der Kommission der Kontobucharbeiter und den Firmen Karl Kaufner und Emil Wandell eine gemeinschaftliche Sitzung stattgefunden habe, in welcher zunächst das mit dem Affordtarif eingereichte Vorwort beraten wurde. Neben schilderte die Verhandlungen über jeden einzelnen Punkt und wurden nachfolgende Bestimmungen, vorbehaltlich der Zustimmung der Versammlung, vereinbart:

Die Arbeitszeit beträgt täglich 8 Stunden, vor Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen 8½ Stunden, exklusive der Pausen. Die Festsetzung der Pausen wird in den einzelnen Betrieben zwischen dem Prinzipal und dem Personal vereinbart.

In geschäftslauer Zeit ist es den Prinzipalen gestattet, nach 2 Tage vorher gemachter Mitteilung an das Personal, eine Abkürzung der täglichen Arbeitszeit anzuordnen. Diese Abkürzung kann eine halbe Stunde bis zu einem Vierteltag betragen, darf aber während eines Jahres im Maximum nicht mehr als 160 Stunden überschreiten.

**Stundenlohn für Arbeiter:**  
Der Mindest-Stundenlohn für männliche Arbeiter beträgt im ersten Gehülfsjahr nach dreijähriger Lehrzeit 36 Pf., im zweiten Gehülfsjahr nach dreijähriger, sowie im ersten Gehülfsjahr nach vierjähriger Lehrzeit 39 Pf. Vom Beginn

des sechsten Jahres der Berufstätigkeit an 46 Pf. Für Presser, Marmorierer, Goldschmittmacher und Beschneider im ersten Jahre der Berufstätigkeit 48 Pf., im zweiten Jahre der Berufstätigkeit 51 Pf. Für Gehülfen vom sechsten Jahre der Berufstätigkeit an erhöht sich der Stundenlohn vom 1. Januar 1908 um 2 Pf. pro Stunde.

**Stundenlohn für Arbeiterinnen:**  
Für ungebüete Arbeiterinnen im ersten Halbjahr pro Stunde 14 Pf., für ungebüete Arbeiterinnen im zweiten Halbjahr 17 Pf. Für gebüete Arbeiterinnen, also nach einem Jahr, 24 Pf. Für gebüete Arbeiterinnen an Draht- und Fadenbestmaschinen, an Falz-, Paginier- und Perforiermaschinen sowie Limiergerinnen pro Stunde 27 Pf. Mädchen unter 16 Jahren sind von den obigen Tariflöhnen ausgeschlossen. Garantiert wird aber bei Beginn des 17. Jahres, oder nach dem vollendeten ersten Jahre der Berufstätigkeit der Minimallohn von 13 Mk. Jugendliche unter 16 Jahren erhalten 7,50 Mk. Anfangslohn. Für gebüete Arbeiterinnen erhöht sich der Stundenlohn am 1. Januar 1908 um 1 Pf.

**Kommen Affordarbeiter und Arbeiterinnen vorübergehend in Tagelohn, dann muß der Durchschnittsaffordlohn mit 10 Proz. Abzug bezahlt werden.**

**Ueberstunden für Arbeiter:**  
Für die 1. Stunde 12 Pf., für die 2. Stunde 15 Pf., für die 3. Stunde 20 Pf. Extrantehädigung; für Sonntagsarbeit sowie für Ueberarbeit an Sonnabenden und Vorabenden gesetzlicher Feiertage pro Stunde 25 Pf. Entschädigung.

**Ueberstunden für Arbeiterinnen:**  
Für die 1. Stunde 8 Pf., für die 2. Stunde 10 Pf., für die 3. Stunde 15 Pf. Extrantehädigung.

**Pausen bei Ueberstunden.**  
Bei einer zweistündigen und einer bis zu 3 Stunden währenden Ueberzeitarbeit ist eine ½stündige, bei einer über 3 Stunden währenden Ueberzeitarbeit eine ½stündige Pause zu gewähren. Die Pausen der Stundenarbeiter gehen auf Kosten des Prinzipals.

**Kündigungsfrist.**  
Die gegenseitige Kündigungsfrist ist eine 14tägige und kann nur am regelmäßigen Arbeitstage gekündigt werden. Dem Personal muß nach vorher erfolgter Meldung gestattet sein, während der Kündigungsfrist 2 Stunden zu benutzen, um sich nach anderweitiger Beschäftigung umzusehen. Die verbleibende Zeit bis zu 2 Stunden ist dem Afford- und Stundenarbeiter zu bezahlen.

**Beschäftigung.**  
Affordarbeiter sind voll zu beschäftigen. Bei ausshülfsweiser Beschäftigung, ist ebenfalls volle Beschäftigung zu gewähren. Dauert dieselbe über 4 Wochen, so tritt Kündigungszeit ein. Sämtliche vom Geschäft angeordneten Feiertage (ausschließlich Reinigungstage) sind vom Geschäft zu bezahlen.

Alle in diesem Tarif genannten Arbeiter dürfen nur von solchen Personen ausgeführt werden, welche entsprechend diesen Bestimmungen entlohnt werden.

Das Material ist zu allen Arbeiten zugeschnitten zu liefern.

Die Lohnzahlung findet wöchentlich und zwar am Freitag statt.

Alle mit diesem Tarif im Widerspruch stehenden Bestimmungen der Arbeitsordnungen werden mit Inkrafttreten desselben ungültig.

Dieser Tarif wurde von einer gemeinsamen Kommission der Arbeitgeber und der Kontobucharbeiter ausgearbeitet und ist es Pflicht beider Teile, für genaue Einhaltung des Tarifs einzutreten.

Etwasige Änderungen einzelner Positionen dieses Tarifs können nur mit Genehmigung der Tarifkommission erfolgen.

Dieser Tarif tritt an Stelle des bisherigen und hat Gültigkeit auf 5 Jahre, vom 1. November 1906 bis 1. November 1911; derselbe kann im Einverständnis beider Teile in der gleichen Form auf ein weiteres Jahr verlängert werden.

Wird dieser Tarif vollständig geändert, so kann nach Ablauf der Gültigkeitsdauer 3 Monate vorher gegenseitig gekündigt werden.

Auf die Forderung einer fünfprozentigen Lohn-erhöhung für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht von den eingetretene Lohn-erhöhungen betroffen wurden, bemerkt Neben, daß in Anbetracht der großen Konkurrenz in Heilbronn, Bries und sonstigen Städten die Prinzipale erklärten, sie seien außerstande, dieser Forderung zu entsprechen. Dafür aber gaben die Prinzipale das Versprechen, ihren älteren, speziell dem verheirateten Personal eine Aufbesserung zu geben.

Den Stundenlohn für Maschinenarbeiterinnen auf 29 Pf. pro Stunde durazufetzen, war ebenfalls unmöglich, da der Kommission wiederholt der Vorhalt gemacht wurde, daß diese Forderung ungerecht sei schon im Hinblick darauf, daß in den anderen

Buchbindereien es auch nicht möglich war, diese Position durazufetzen.

Neben ist der Meinung, daß wir uns mit dem nunmehr Erreichten zufrieden geben müssen, da doch das eine in Betracht kommt, daß der Verband als solcher mit diesem Einkommen anerkannt sei und daß wir deshalb alle Ursache haben, zunächst das Erzeugnisse festzuhalten.

Die Beratung des Affordtarifs erfolge demnächst und es gelte deshalb, auch hierfür gestützt zu sein; es müsse Einigkeit bei den Personalen herrschen, wenn auch der einzelne unzufrieden sei. Wir müssen denken, was für die Allgemeinheit gut sei, das sei für jeden einzelnen auch gut. Neben ersucht um sachliche Kritik und um recht rege Teilnahme an der Diskussion.

Zu derselben wurde unter anderem bemängelt, daß für die älteren Kollegen nichts herausgeschlagen worden sei, obwohl es doch die älteren Kollegen seien, welche man dem Verband erhalten müsse. Denn ohne diese könne man keine Lohnbewegung führen. Es wird gewünscht, daß bei den nächsten Verhandlungen dafür gesorgt wird, daß die älteren Kollegen auch etwas mehr bekommen. Des weiteren wurde ein Antrag eingebracht, der besagt, daß man in den Geschäften Umfrage halten soll, ob das, was in diesem Vorwort enthalten ist, auch eingehalten werde.

Zu seinem Schlusswort ermahnte der Referent die Anwesenden, daß sie treu zum Verband halten sollen, da man nicht wisse, was uns bevorstehe. Hierauf erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

**Breslau.** Eine öffentliche Versammlung für Buchbinder und verwandte Berufsgenossen fand am 12. d. Mts. im Saale des Gewerkschaftshauses statt. Sie beschäftigte sich ausschließlich mit der Antwort der Prinzipale auf unseren Tarif.

Die Kollegen Albert und Neufkirch kritisierten die uns gewordene Antwort sowie den uns zugesandten Meistertarif in gehöriger Weise. Albert bemerkte, daß die Breslauer Arbeitgeber im Buchbindergewerbe von ihren großen Kollegen in Berlin, Leipzig und Stuttgart viel gelernt haben, doch erstrecke sich das Gelernte nur auf die schlechten Eigenschaften derselben. Wenn z. B. der Verband der Buchbinderverband das Anstehen stellt, dem daselbst bestehenden Tarif auch in der Provinz nach Möglichkeit Geltung zu verschaffen, so ist dieses ein nur zu berechtigter Wunsch. Wie aber stellen sich die Breslauer Prinzipale dazu? Mäßigere Lohnsätze können Berufsarbeiter am hiesigen Orte kaum fordern. Doch sind 21 Mk. Minimallohn für Gehülfen, 6 Mk. Lohn für ungebüete und 9—11 Mk. für gebüete Arbeiterinnen den Prinzipalen viel zu hoch. Die Arbeitgeber haben einen eigenen Tarif ausgearbeitet und den Gehülfen zur Annahme unterbreitet, nach welchem der Minimallohn für Gehülfen 19 Mk., für Arbeiterinnen 6, 7 und 8 Mk. betragen soll, jedoch nicht etwa vom Januar 1907 ab, nein, erst vom Januar 1908 ab. Die um ihre Existenz besorgten Arbeiter sollen also nach der Meinung der Herren Prinzipale noch ein volles Jahr warten, bis ihnen eine Mark Lohnzulage pro Woche gewährt wird. Eine derartige Zumutung ist eine Verhöhnung der Gehülfsenschaft; dieselbe habe nunmehr in dieser Sache zu entscheiden. Der zweite Neben, Kollege Neufkirch, weist nach, daß die Existenzbedingungen der Buchbindergehülfen fast die schlechtesten unter allen Berufsarbeitern sind. Selbst ungelernete Arbeiter, wie Bauhilfsarbeiter, Brauerarbeiter usw., erhalten weit höhere Löhne als die von uns geforderten; desgleichen ist der ortsübliche Tagelohn für Arbeiterinnen auf 1,25 Mk. festgesetzt. Der Meistertarif sei daher unannehmbar.

Zu der Diskussion sprachen sich die Kollegen Stumpf, Rawicz, Wolny u. a. in gleichem Sinne aus. Alle bezeichneter die Zumutung der Prinzipale empörend und forderten straffe Festhaltung an den aufgestellten Forderungen.

Ein Herr Schröter, bei Rutke beschäftigt, fühlte sich durch Veröffentlichung verschiedener Mißstände gekränkt und legte sich für seinen Arbeitgeber gewaltig ins Zeug. Derselbe wurde von mehreren Kollegen gebührend abgefertigt und ihm bemerkt, daß eine derartige Aneckseligkeit gewiß nicht unbelohnt bleiben werde.

Kollege Särtel schlägt vor, den Tarif derartig umzugestalten, daß vom ersten Jahre ab 19 Mk., vom zweiten Jahre ab 20 Mk. und im dritten Jahre 21 Mk. gefordert werden. Die Versammlung lehnte diesen Vorschlag einstimmig ab und beschloß, den Tarif in unverbänderter Fassung beizubehalten.

Da die Arbeitgeber ihrerseits 10 Vertreter zu den folgenden Verhandlungen gewählt haben, so wurde die aus 5 Kollegen bestehende Tarifkommission gleichfalls um 5 Kollegen verstärkt. Es wurden hinzugewählt die Kollegen Wothur, Meinert, Hartmann, Michalski und Feiertag.

Nach feinigem Schlußwort des Vorsitzenden Albert, in welchem er zu festem Zusammenhalt und unausgesetzter Agitation für den Verband aufgefordert wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband geschlossen.

**München.** Nach neunwöchentlicher Dauer ist der Streik in der lithographisch-artistischen Anstalt, vorm. Obpacher, aufgehoben worden. Trotz des enormen Schadens, den die Firma zugestandenermaßen durch den Streik hatte, zeigte sie keine Neigung zu irgend welchem Entgegenkommen und da es ihr gelungen war, eine große Anzahl Streikbrecher zu bekommen, so mußten wir uns die Frage vorlegen, ob die Fortsetzung des Streiks noch eine günstige Wendung für uns bringen könnte. Da diese Aussicht leider nicht vorhanden war, so wurde der Streik unter einstimmiger Zustimmung der Streikenden selbst für beendet erklärt. Von den 54 Streikenden werden nach Zustimmung der Direktion der Firma Obpacher 15 Kollegen und 2 Kollegen sofort wieder eingestellt. Den Uebrigbleibenden sollen keine Schwierigkeiten beim Arbeitsfinden sowohl in der Firma Obpacher als auch anderwärts bereitet werden. Der Zusammenhalt der Streikenden war ein guter zu nennen, war doch innerhalb der 9 Wochen kein einziger abgefallen, so daß ihnen ein Sieg zu wünschen gewesen wäre. Wir wollen annehmen, daß die Streikenden aber auch die Hilfe des Verbandes nicht vergessen und demselben treue Mitglieder bleiben werden.

**Dessau.** Durch den Arbeitsnachweis der Zahlstelle Dessau waren dem Werkführer Brigner der Firma F. A. Seiler mehrere Kollegen unter folgenden Bedingungen angewiesen: 1. Der Lohn beträgt pro Woche 22 Mark. 2. Im Afford wird nach dem Leipziger Tarif bezahlt. Wieviel nun dieser Herr seine Versprechungen hielt, beweisen folgende Fälle. Es war bei der Firma eine größere Auflage Bücher fertig zu stellen, welche von den Kollegen im Afford berichtet werden sollte. Im Anfange mochte es ja nun gehen, es wurde, wie vereinbart, der Leipziger Tarif bezahlt. Als es aber später zum Einlegen der Bücher ging, entstanden Schwierigkeiten. Es wollte der Werkführer Arbeiter, für welche nach dem Tarif 1,15 Mk. bezahlt werden, für 75 Pf. hergestellt haben. Im nun eventuellen Streitigkeiten aus dem Wege zu gehen, erboten sich die Kollegen, diese Arbeit für 1 Mk. fertig zu stellen, worauf aber der Werkführer nicht einging, sondern betonte, niemals mehr als wie 75 Pf. geben zu wollen. Die Kollegen wurden nun am anderen Morgen abermals vorstellig und erinnerten ihn an sein Versprechen, unter welchen Bedingungen sie eingestellt worden seien. Aber der Werkführer blieb dabei, nicht mehr als wie 75 Pf. geben zu wollen. Daraufhin legten 6 Kollegen die Arbeit nieder. Am Nachmittag wurde nun eine Kommission von drei Mann bei der Betriebsleitung vorstellig, wo man sich auf 1 Mk. einigte. Daraufhin nahmen nun am anderen Morgen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Es dauerte aber nicht lange, so fingen die Geheeren von seiten des Werkführers wieder an. Er gab den Kollegen zu verstehen, daß es traurig wäre, für diesen Preis wieder anzufangen, welches sich die Kollegen aber, nachdem die Arbeit wieder aufgenommen worden war, verbat. Es waren nun zwei Parteien zusammengekehrt aus Frauen, welche ebenfalls die Bücher fertig machten. Die Kollegen haben nun den Werkführer, diese Kolonne möchte aufhören mit Fertigmachen, da selbige doch nur Gehilfenarbeit sei. Aber dazu war der Werkführer nicht zu bewegen, trotzdem er wiederholt auf das unstatthafte Fertigmachen von Frauen aufmerksam gemacht wurde. Da der Werkführer absolut nicht dazu zu bewegen war und vielleicht auch noch den ganzen Posten von 30 000 Büchern von Frauen hätte fertig machen lassen, so legten sämtliche Kollegen außer einem die Arbeit nieder. Es fand am selben Abend noch eine Verhandlung zwischen der Betriebsleitung und unsern Kollegen Arbeitsekretär Schmidt statt, welche aber zu keiner Einigung führte. Die Stimmung unter den Kollegen ist eine gute und ist dies um so erfreulicher, weil die Firma F. A. Seiler schon Arbeiten an der Farbdruckpresse, Verlagspresse, am Dreischneider und an der Schneidmaschine von Malern, Schneidern usw. verrichten läßt und ist es dem Werkführer Brigner nach seiner eigenen Aussage einzel, ob selbige dabei verunglücken oder nicht. Wir wollen im Interesse der Firma wünschen, daß diese bald zur Einsicht kommt.

**Korrespondenzen.**

**Berlin.** Am 24. September 1906 fand im Luisenstadt-Kasino eine Branchenversammlung der Albumarbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher Kollege Klar über „Wirtschaftliche Klämpfe der Gegenwart“ referierte. Der Referent erlebte sich seiner Aufgabe in leicht verständlicher Weise. Er streifte unter anderem auch den Kampf in der Buch-

binderbranche. Redner betrat den Standpunkt, daß der Vorteil, welchen die Kollegen errungen haben, nicht in Einklang zu bringen ist mit den Opfern, die der Streik gekostet hat. Er hätte sich größeren Vorteil davon versprochen, wenn die Kollegen in diesem Jahre auf die unbedingte Arbeitsruhe am 1. Mai verzichtet und den Lohnkampf bis zum Herbst verschoben hätten.

In der Diskussion sprach Kollege Freudenreich seine Bemerkung darüber aus, daß die Albumarbeiter und Arbeiterinnen durch diesen Vortrag ein klares Bild über die Lohnbewegung der Buchbinder erhalten haben. Redner erblickt in dem Verhalten des Verbandsvorsitzenden während des Streiks eine Schädigung des Verbandes. Folgende von ihm eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 24. September dieses Jahres tagende Versammlung der Albumarbeiter und Arbeiterinnen erblickt in der Lohnbewegung der Buchbinder in diesem Jahre eine kolossale Schädigung des Verbandes sowohl moralisch wie finanziell. Diese Schädigung erblickt die Anwesenden in der falschen Leitung seitens des Verbandsvorsitzenden, weshalb es ratsam erscheint, sobald wie möglich einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen zur Wahl eines tüchtigen Verbandsvorsitzenden.“

Kollege Kammler gab dann kurz den Bericht seiner Tätigkeit innerhalb der Branche. Er besuchte 8 Verwaltungssitzungen, 6 Delegiertensitzungen, 8 Aufsichtungen und 2 Branchenversammlungen.

Da der Kollege Kammler krankheitshalber von seinem Posten zurücktrat, so machte sich die Wahl eines neuen Vertrauensmannes nötig. Da kein Kollege bereit war, dieses Amt anzunehmen, erklärte Klar, daß die Ortsverwaltung bis zum Januar die Leitung in die Hand nehmen würde. Es sei beschämend für die Branche, wenn sich aus ihrer Mitte kein Vertrauensmann finden würde.

Der vorstehende Bericht gelangte erst am 12. November zu meiner Kenntnis, weil er ursprünglich vom Redakteur zurückgewiesen, dann vom Ausschuß zwar für die „Buchbinder-Zeitung“ freigegeben, aber mir zur eventuellen Verteidigung gegen die darin enthaltenen Angriffe überwiesen worden war, da der Ausschuß sonst eine Behinderung meiner Mission in Erlangen und München befürchtete.

Zum Bericht selbst erkläre ich folgendes: Es kann nur nützlich sein, wenn die Ausperrung mit ihren Begleiterscheinungen und handelnden Personen kritisch, aber sachlich gewürdigt wird. Warum geschah das aber nicht in der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin, die am 11. Oktober stattfand, in der ich selbst einen dahingehenden Wunsch äußerte? Hier war die richtige Stelle, wo man sich äußern, die angeblichen Fehler des Verbandsvorsitzenden während der Ausperrung nachweisen und wo der Kollege Freudenreich seine Resolution unterbreiten konnte und mußte, wenn er wirklich wünschte, daß sie praktische Geltung erlangen sollte. Denn in dieser Versammlung, die also 17 Tage nach jener bewußten Albumarbeiter-Versammlung stattfand, referierte Kollege Klar über das Hauptthema des Abends: „Bericht über die Ausperrung.“ — Des Rätsels Lösung ist einfach für den, welcher da weiß, wie gewisse Kollegen in Berlin sich aus den manchmal von kaum zwei bis drei Duzend Personen besuchten Branchenversammlungen für ihre persönlichen Zwecke Resolutionen holen, die sie in Zahlstellenversammlungen, wo sie dem Angegriffenen „Aug in Aug“ Rede und Antwort stehen müssen, niemals erlangen würden. Bei manchen Leuten übt der Mut in der Brust besonders dann seine Spannkraft aus, wenn dergleichen, den sie kritisch vernichten wollen, fern von Berlin im Dienste des Verbandes tätig sein muß. Die Hauptfrage ist ihnen immer die obligate Resolution für die „Buchbinder-Zeitung“, denn wenn eine solche fogar in der Metropole der Intelligenz gefaßt wird, so wird schon etwas davon an dem Angegriffenen hängen bleiben, kalkulieren sie. Ob dadurch der Verbandsvorsitzende in seiner Tätigkeit behindert, der gegenwärtigen Presse willkommener Stoff geliefert, das gewerkschaftliche Zusammenarbeiten der Zahlstelle Berlin selbst aufs schwerste geschädigt wird, scheint solche Helben wenig. Zeigen sich aber die Folgen solcher zerrüttenden Tätigkeit: wenn die Mitgliederzahl stagniert oder zurückgeht, die Versammlungen schlecht besucht werden und nur im geringen Grade ihren Zweck erfüllen, Vertrauensämter kaum zu besetzen sind, so tragen beileibe nicht sie die Schuld daran, sondern entweder der Verbandsvorsitzende oder der Popanz „Opposition“, zu der alle jene Kollegen wahllos gezogen werden, die ihnen mal entgegenzutreten für nötig halten.

Dies vorausgeschickt, erübrigen sich weitere Worte über die Resolution und ihren Verfasser oder

Herausgeber Freudenreich, der im Jahre 1891 eine Lokalorganisation als Konkurrenzorganisation des damaligen Berliner Verbandsvereins gründete, dann viele Jahre nicht gewerkschaftlich organisiert war und meines Wissens erst seit ungefähr drei Jahren wieder unserem Verbands angehöret.

Wir lag nur daran, an einem Beispiel eine gewisse Sorte von „gewerkschaftlicher Tätigkeit“ zu charakterisieren, um mich zugleich gegen sie zu schützen.

G. M. L. Loth,  
z. Z. München, d. 15. 11. 1906.

**Bremerhaven.** Mit einer Mitgliederzahl von 18 Mann wurde am 3. November hier eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet. Ein Vortrag des Kollegen Koch über die Entwicklung der Organisation fand aufmerksame Zuhörer und leitete den Abend ein. Bei der Vorstandswahl wurden fast einstimmig die Kollegen R. Gierth, A. Wehmann und G. Koch gewählt. Mögen nun die Kollegen dem Verbands treu bleiben und an der Vergrößerung der Mitgliederzahl gewissenhaft mitarbeiten.

**Ghemnich.** Eine unzulässige Beeinflussung läßt sich die Arbeiterschaft der Kartonagenfabrik von Krause, Rue 25, gefallen. Eines Abends wurden die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von organisierten Kollegen zu einer Besprechung eingeladen. Krause war von Bedienten im Laufe des Tages verständigt worden, und als nach Geschäftsschluß ein Kollege die dort arbeitende Kollegenchaft beim Verlassen des Geschäftsrums nochmals auf die Besprechung aufmerksam machte, trat Herr Krause in höchst eigener Person aus dem Tor heraus und kommandierte: „Geh rechts 'rum“ (links führte der Weg zu dem Lokal, in dem die Besprechung abgehalten werden sollte). Laßt euch von denen nicht veralbern, der Verband braucht bloß euer Geld.“ Und die getreuen Schächsen des Herrn Krause folgten dem Kommando willig und dachten nicht daran, daß es doch einen besonderen Haken haben muß, wenn sie R. abhält, zu einer von Kollegen veranstalteten Besprechung zu gehen; sie merkten nicht, wie unwürdig solch eine Vormundschafft ist. Herr Krause versteht seinen Vorteil sehr gut zu wahren. Er ist sich dessen wohl bewußt, daß bei dem jetzt in der Kartonagenbranche bestehenden Mangel an Arbeitskräften die Löhne erhöht werden müssen, wenn die Arbeiterinnen über diesen Umstand Aufklärung erhalten, wenn die Arbeiterinnen sich im Verbands organisieren und darauf sehen würden, daß der von ihnen im vorigen Jahre beschlossene und auch Herrn Krause zugestimmte Tarifentwurf in die Tat umgesetzt würde. Deshalb macht er den Arbeiterinnen mit dem Verbands graulich. Außerdem schickte er einen Spieß in jenes Lokal, damit er ihm über alles Bericht erstatte. Diese Besprechung ist also vereitelt worden durch einen durchaus unzulässigen Druck, den Herr Krause die noch unselbständigen Arbeiter und Arbeiterinnen ausübt. Wie lange werden sich diese das gefallen lassen? Haben sie nicht schon Vorteile eingehemmt, die durch die Arbeit der Verbandsmitglieder ihnen geworden sind? Wissen sie nicht, daß sie nur durch Einigkeit, durch Zusammenstoß im Verbands bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich verschaffen können, die sie eben so nötig haben, als die andere Kollegenchaft? Auch sie werden noch zur Erkenntnis ihrer schlechten Lage kommen und dann ihre jetzt an den Tag gelegte Kurzsichtigkeit bebauern, von der nur sie den Schaden und nur Herr Krause den Vorteil hat.

**Wiesbaden.** Am 10. November fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß im III. Quartal 4 Mitglieder und 1 Generalversammlung, sowie eine kombinierte Versammlung mit den Buchdruckern, Lithographen und Steindruckern stattfanden. Der Mitgliederbestand ist derselbe wie im vorigen Quartal, 20 Kollegen. Ferner weist der Vorsitzende auf die Tatsache hin, daß im vergangenen Quartal ein schlechter Versammlungsbesuch und somit mangelndes Interesse an Verbandsangelegenheiten seitens der hiesigen Kollegen zu verzeichnen war. Die Vorschläge einiger Mitglieder, diese Kalamität durch Abhalten von Vorträgen und Treiben eifriger Agitation zu bekämpfen, wurden diskutiert und dem Vorstands zur Inangriffnahme weiterer Schritte überwiesen. Weiter wurde auf Anregung unserer Zahlstelle die Gründung eines „Graphischen Kartells“ vorgenommen, in welches unsererseits als Mitglied Kollege Liebeskind und als Erntemann Tennert gewählt wurde. Der Kartellberichterstatter teilte u. a. mit, daß die „Bau- und Erwerbsgenossenschaft Arbeitergesellschaftshaus, Wiesbaden“ ein Anwesen zum Preise von 100 000 Mk. gekauft habe und die Arbeiterschaft Wiesbadens bereits im April nächsten Jahres im Besitze eines Gewerkschaftshauses sei. Die Absicht des Gewerkschaftskartells, eine Zentralbibliothek ins Leben zu rufen, wurde von der Versammlung insofern unterstützt, daß ein Antrag angenommen wurde, nach welchem unsere Zahlstelle bereit ist, ihre Bibliothek zu obigem Zweck

zur Verfügung zu stellen, unter Vorbehalt des Eigentumsrechtes. Nach Erledigung interner Angelegenheiten erfolgte Schluss der von nur 12 Kollegen besuchten Versammlung.

**Wesel.** Endlich, nach langem Hin und Wider, scheint es nun auch am hiesigen Orte etwas Licht zu werden. Das betriebs eine am Sonnabend, den 10. November, im „Gasthof zur Krone“ vom Gauvorsteher eingeleitete Besprechung sämtlicher hier am Orte beschäftigten Buchbindergehülfen. Das Referat: „Die Lage in unserem Berufe“, übernahm Kollege Groenhoff, welcher sich in zirk einständiger Rede seiner Aufgabe entledigte. Vor Eintritt in die Besprechung ließ er sämtliche Erschienenen herzlich willkommen, wobei er erwähnte, das zahlreich Erscheinen sei ein Beweis dafür, daß das Interesse für unsere gerechte Sache in Wesel doch noch nicht ganz erloschen sei.

Von den Erschienenen ließen sich dann fünf Kollegen in den Verband aufnehmen. Andere erklärten bestimmt, folgen zu wollen, wenn sie sehen, daß die Sache Bestand hat und nicht wieder verbummelt wird.

It somit mit dieser Besprechung auch noch nicht das erreicht, was wir erhofften, so ist doch dieser Erfolg immerhin von großer Bedeutung und läßt auf die baldige weitere Entwicklung zu einer Zahlstelle hoffen. Kollege Groenhoff hob in seinem Referat unter anderem die vom Verband geführten Unterstützungskassen und deren Leistungen hervor. Auch verwies er auf die Kämpfe, die in verschiedenen Zahlstellen geführt wurden, und die Erfolge, welche für die Kollegenschaft dadurch erzielt wurden.

In der darauf folgenden Diskussion kamen die Verhältnisse in Wesel zur Sprache, die noch sehr viel zu wünschen übrig lassen. Allgemein war man der Ansicht, daß sich durch festes Zusammenhalten manches ändern ließe. Es wurde beobachtet, daß die Zahlstelle Duisburg, welche früher schon eine Anzahl Mitglieder in Wesel hatte, sich nicht besser darum bekümmert hat. Es wurde indessen anerkannt, daß die Schuld auf beiden Seiten gerührt hat, da sich die Mitglieder an den Gauvorstand hätten wenden müssen. Jedenfalls sollen solche unerquicklichen Dinge nicht mehr vorkommen.

Wir wollen hoffen, daß der Samen, der in dieser Besprechung gesät wurde, sich zur vollen Frucht entfalten, indem wir mehr Fühlung mit den hiesigen Kollegen bekommen und auch der letzte Kollege für den Verband gewonnen wird. Dann wird sich auch unsere Lage in Wesel ganz bedeutend verbessern lassen. Darum, Kollegen, schließt Euch an.

**Freiburg i. Br.** Am Sonntag, den 11. November, feierte die hiesige Zahlstelle ihr 21. Stiftungsfest. Nach einer Begrüßung der zahlreich erschienenen Gäste durch den Vorsitzenden, ergriff der von Vielefeld erschienene Kollege Güth das Wort. Derselbe vertrat es, durch seine zündende Rede die Anwesenden von dem Zweck und Nutzen der Organisation zu überzeugen. Besonders sein warmer Appell an die Frauen, teilzunehmen an den Arbeiten zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage und, soweit sie Kolleginnen sind, einzutreten in ihre gewerkschaftlichen Organisationen, um nicht nur von den Früchten unserer Errungenschaften zu zehren, sondern solche auch mit erbringen zu helfen, dürfte nicht ungehört verhallt sein. Hossen wir, daß diese Saat gute Ernte bringt, damit sich der Wunsch des Kollegen Güth erfüllt, und wir bei unserem nächsten Stiftungsfest es auf einen größeren Stamm von Mitgliedern gebracht haben. Die vorzüglichste geschulte „Typographia“ setzte ihre besten Kräfte ein, unser Fest zu einem schönen zu gestalten und wurde auch mit der verdienten Anerkennung seitens des Publikums nicht gepart. Wir müssen hier nochmals auf das schöne Beispiel von Solidarität hinweisen, welches unsere Schwäger uns gaben.

Befriedigt von den gehaltenen Gemüßen werden alle an dies schöne Fest zurückdenken, welches Zeugnis davon ablegt, daß sich die Arbeitererschaft ihrer Zusammengehörigkeit bewußt wird. Hossen wir aber auch, daß sich das Interesse der Kollegen nicht bloß bei festlichen Anlässen zeigt, sondern daß sie dies auch auf die ernstlichen Arbeiten der Organisation übertragen, und durch fleißigen Besuch der Versammlungen und rege Agitation ihre Pflicht erfüllen.

**Rundschau.**

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter zeigt keine wesentliche Veränderung. Die Zechenbesitzer haben nicht nur die geforderte 15prozentige Lohnerhöhung, sondern auch jegliche Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen abgelehnt. Nur die Arbeiterausschüsse der einzelnen Gruben sollten als berechtigt anerkannt werden, als Vertreter der Arbeitererschaft die Verhandlungen mit den Zechenverwaltungen zu führen. Aber auch dieses „Entgegenkommen“ seitens der Grubenbarone war lediglich

nur ein angebotener Friede, um Uneinigkeit und Unfrieden unter die Bergschaften zu tragen. Aber diese Spekulation auf die Sprengung der Arbeiter schlug fehl, da der gewollte Zweck von diesen vorausgesehen worden war. Nachdem die Forderungen auch von den Arbeiteraussschüssen abgelehnt worden sind, wird eine am 21. d. M. stattfindende Sitzung der Vertreter sämtlicher beteiligten Verbände stattfinden, um weitere Beschlüsse zu fassen. Nach den eigenen Erklärungen der Zechenbesitzer sind diese also nicht in der Lage, die geforderte 15prozentige Lohnerhöhung zu bewilligen. Daß dies nur ein eitel Plunkerei ist, beweist eine Zusammenstellung einiger Unternehmerrgewinne im Bergbau. Viele Werksüberschüsse sind um 50 Proz. gestiegen im dritten Vierteljahr 1906 gegen das gleiche Vierteljahr 1905. Die Bergwerksgesellschaft Sibirnia erzielte im dritten Vierteljahr 1906 einen Betriebsüberschuß von 3 870 719 Mk. gegen 2 974 704 Mk. im gleichen Vierteljahr 1905. Die Gewerkschaft „König Ludwig“ in demselben Vierteljahr 630 114 Mk.; „Graf Schöwin“ (Castrop) 201 138 Mk.; Reinitüberschuß. Als Ausbeute kommen 150 Mk. pro Kugel zur Verteilung. Im Vorjahre wurden 100 Mk. verteilt. Die Herren können doch sicher nicht abstreiten, daß sie gegen das Vorjahr 50 Proz. Profite mehr einfassen, dennoch sträubt man sich gegen eine Erhöhung der Arbeiterlöhne. Die Deutsch-Luzemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft (Bodum) hatte im Geschäftsjahr 1905/06 einen Reingewinn von 5 323 243 Mk., wovon die Aufsichtsräte für ihre „anstrengende“ Arbeit 93 386 Mk. Tantiemen bekommen. Das nennt man gut bezahlte „Arbeit“. Die Gewerkschaft Dorfeld hatte vom 1. Januar bis 30. September einen Betriebsüberschuß von 644 845 Mk. Auch nicht schlecht stellt sich die Union-Aktien-Gesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie. Sie schließt das Geschäftsjahr 1905/06 mit einem Betriebsgewinn von 5 222 928 Mk. ab, gegen 4 855 897 Mk. im Vorjahre. Die Gewerkschaft „Königin Elisabeth“ (Essen) hatte im dritten Vierteljahr einen Reinitüberschuß von 582 893 Mk. im Vorjahre 380 450 Mk. Jede Markenburg, Sammerthal (Nube) in demselben Vierteljahr 70 314 Mk. gegen 66 055 Mk. im gleichen Vierteljahr des Vorjahres. Die Bergbau-Aktien-Gesellschaft Massen hat vom ersten bis dritten Quartal 1906 nach Abzug der Anleihejinsen noch eine Reibach von 979 895,62 Mk. gegen 455 889,45 Mk. im Vorjahre. Im mehr als 50 Proz. haben die Arbeiter in diesem Jahre den Profit dieser Gesellschaft vermehrt gegen das Jahr 1905. Doch nicht allein die Aktienbesitzer des Ruhrpitts haben ihr Geschäftliches dieses Jahr gemacht, auch die in anderen Revieren kommen nicht zu kurz beim Verteilen des Mammons. Der Schweizer Bergwerksverein, Schweizer Rumppe, hatte einen Gesamtüberschuß von 4 545 289 Mk. gegen 4 074 872 Mk. im Vorjahre. Das Hüttenwerk „Aumeh Friede“ hatte einen Gesamtüberschuß für das Geschäftsjahr 1905/06 von 6 727 882,99 Mk. Der Hüttenverein „Saar“ und „Mosel“ (in dieser Gesellschaft fungiert Herr Friß Thyllen als Aufsichtsrat) hatte einen Abgewinn von 2 022 169 Fr. Als Aufsichtsräte wurden gewählt Herr Dahl, Direktor der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ und Herr Friß Thyllen. Die Aufsichtsräte erhalten einen „Entschleunungslohn“ von 81 395 Fr. Die Vereinigte Königs- und Laurahütte hatte einen Betriebsgewinn von 9 545 755 Mk. gegen 7 812 725 Mk. im Vorjahre. Auch das Kali ernährt seinen Mann; die Besitzer von Kalifunden Italiens noch nicht unter der Fleischsteuerung. Die Kaligewerkschaft „Glückauf“ (Sonderhausen) hatte im dritten Jahresviertel einen Betriebsüberschuß von 449 588,50 Mk. In den ersten neun Monaten des Jahres zusammen 1 330 954,95 Mk. Die Gewerkschaft Rothenberg erzielte im dritten Vierteljahr einen reinen Betriebsüberschuß von 366 566 Mk. Im ersten und zweiten Vierteljahr kommt ein Uebereschuß von 1 003 254 Mk. hinzu. Das Salzbergwerk Heilbronn hat einen Reingewinn von 588 754 Mk.

Die Situation im Buchbinderverband klärt sich immer mehr. Nach den Mitteilungen des „Korrespondent“ haben bis jetzt rund 35 000 Mitglieder dem Vertrag zugestimmt, während gegen 12 000 ihn ablehnend gegenüberstehen. Unter den letzteren befindet sich die zirka 8000 Mitglieder zählende Zahlstelle Berlin. Zwei kleinere Mitgliedschaften haben eine endgültige Stellungnahme noch nicht vorgenommen.

**Erfolge gewerkschaftlicher Organisation.** Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands hat seit zwei Jahren eine Zusammenstellung der Erfolge der gewerkschaftlichen Kämpfe seiner Mitglieder vorgenommen, deren Resultat er jetzt veröffentlicht. Demnach wurde in diesem Zeitraum für 2313 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von wöchentlich 12 474 Stunden und für 3551 Personen eine Lohnerhöhung von wöchentlich 6191 Mk. erzielt. Auf das ganze Jahr berechnet ergibt das für jede Person eine durchschnittliche Arbeitszeitverlängerung von 269 Stunden und eine ebensolche Lohnerhöhung von 87,17 Mk. In der Tat ein schöner Erfolg! In

ganzen wurden während der letzten 10 Jahre vom Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands 297 Streiks geführt. Von diesen waren 169 Angriffs- und 127 Abwehrstreiks. Beteiligt waren daran 33 146 Personen. Die vom Verband gezahlte Unterstützungssumme erreichte die Höhe von 839 944 Mk.

Die Arbeiter der thüringischen Glasinstrumentenindustrie erreichten durch das Entgegenkommen der Fabrikanten auf dem Wege friedlicher Vereinbarung eine 10-15- und teilweise eine 20-prozentige Lohnerhöhung. Gefordert waren allgemein 20 Prozent.

Die „Arbeiterzeitung“, das Organ des Arbeiterturnerbundes, mußte innerhalb eines Zeitraumes von kaum 9 Monaten seine Auflage um 10 000 Exemplare erhöhen und zählt jetzt 60 000 Abonnenten. Ein erfreuliches Zeichen gesunder, kräftiger Entwicklung.

Bei den Berliner Siemenswerken befinden sich schon seit einigen Wochen einzelne Teile der Werke im Ausstande. Die Zahl der Streikenden hat sich zurzeit auf 2300 erhöht. Hervorgehoben wurde der Ausstand durch eine neue Arbeitsordnung und der damit verbundenen Neuregelung der Ueberzeitarbeit. Die Arbeiter sind bereit, die sich notwendig machenden Ueberstunden zu leisten, wollen aber verkünden, daß die bisherige reguläre Arbeitszeit durch willkürlich angeordnete, nicht notwendige Ueberstunden verlängert wird. Sie verlangen weiter nichts, als daß der Arbeiterschuß beratend hinzugezogen wird, sobald die Direktion die Uebersetzung von Ueberstunden für eine längere Zeitdauer anzuordnen gedenkt. Weiter soll eine Bestimmung der neuen Arbeitsordnung, betreffend die gewerkschaftliche und politische Agitation, nicht nur gegen die freien, sondern gegen alle Gewerkschaften angewandt werden. Mit der Proportionalwahl für die Arbeiteraussschüsse sind die Arbeiter einverstanden.

Die Arbeiter der Bielefelder Maschinenindustrie erreichten ebenfalls durch friedliche Vereinbarungen eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde, sowie eine dementsprechende Erhöhung des Stundenlohnes. Eine Erhöhung der Abschläge, welche ebenfalls gefordert war, wurde abgelehnt.

Eine Beurteilung von Mannschaften zu den jeweiligen Erntearbeiten kann stattfinden, sofern wirkliche Arbeiternot besteht, dienstliche Interessen nicht gefährdet werden und in keiner Weise eine Konkurrenz für Zivilarbeiter geschaffen wird. Ob die Beurteilung in dem einzelnen Falle erfolgen kann, entscheiden die Truppenkommandeure pflichtmäßig. An diese sind entsprechende Gesuche zu richten. Diesen Entscheid hat das Generalkommando zu Hannover auf eine Anfrage nach den Bedingungen, unter welchen Ernteurlaubter zu haben sind, gefällt. Die so oft schon, vor allem von den Agrariern, bejammerte „Leutenot“ ist es, die diese Anfrage hervorrief. Bei anständiger Entlohnung und Behandlung wird auch in der Landwirtschaft von Leutenot keine Rede sein können.

Kann die Polizei einer Gewerkschaft eine bestimmte, ihr genehme Fassung des Statuts vorschreiben? In Bergisch-Gladbach hatte sich ein Zweigverein des christlichen Metallarbeiterverbandes gebildet, der nach dem Statut die Möglichkeit hatte, Frauen aufzunehmen, und solche auch aufnahm. Da nun der Verband zur Durchführung seines Zwecks die Lage der Mitglieder zu heben, auch das Mittel der Beeinflussung der Gesetzgebung (des Parlaments usw.) in Aussicht genommen hat, so nahm die Polizeiverwaltung an, daß es sich um einen politischen Verein gemäß § 8 des preussischen Vereinsgesetzes handle, dem Frauen nicht als Mitglieder angehören dürfen. Sie schritt aber nicht wegen Uebertretung des § 8 des Gesetzes ein, sondern verlangte vom Vorstande, daß er ihr ein Statut einreiche, das „den gesetzlichen Vorschriften entspreche“, das heißt, „welches die Mitgliedschaft von Frauen ausschliesse“. Mit anderen Worten, die Polizei verlangt eine Veränderung der Statuten und die Einreichung des geänderten Statuts. Als der Vorstand dem nicht nachkam, wurden die fünf Vorstandsmitglieder wegen Uebertretung des § 2 des Vereinsgesetzes angeklagt, welcher bestimmt: „Die Vorsitzenden von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, Statuten des Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins und jede Veränderung der Statuten oder der Vereinsmitgliedschaft binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten ist, der Ortspolizei zur Kenntnisnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen.“

Das Landgericht Köln als Berufungsinstanz sprach jedoch die Angeklagten frei und das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Die Polizeibehörde erhalte durch das Vereinsgesetz nicht die Befugnis, solche Statuten zu verlangen, die ihr genehm seien. Sie müsse sich mit der Einreichung des

Statuts begnügen, das ein Verein habe. (Das hatte sie aber erhalten.) Verfolge ein Verein gegen die Vorschriften des Vereinsgesetzes, dann stände es ja der Polizei frei, deswegen ein Strafverfahren zu veranlassen. Im vorliegenden Falle sei die Freisprechung gerechtfertigt.

Abrechnungen

vom dritten Quartal gingen vom 7. bis 19. November bei der Verbandskasse ein: Von Apolda mit 27,65 Mk., Brandenburg 181,20 Mk., Bremen 80,55 Mk., Danzig — Mk., Duisburg-Ruhrort 110,90 Mk., Finsterwalde 37,35 Mk., Flensburg 84,84 Mk., Freiburg 298,40 Mk., Hamburg 2690 Mk., Heidelberg 111,32 Mk., Kassel 80,80 Mk., Kattowitz 46,39 Mk., Königsberg — Mk., Lahr 132,85 Mk., Ludenwalde 325,10 Mk., Lüdenscheid 118,95 Mk., Mainz 118,20 Mk., Meß 16,90 Mk., München 2256,50 Mk., Pflauen 180 Mk., Potsdam 50 Mk., Saalfeld — Mk., Stuttgart 563,50 Mk., Gau 3 50 Mk., Gau 5 679,66 Mk., Gau 6 283 Mk., Gau 8 300 Mk., Gau 11 93,45 Mk. und vom Gau 16 mit 38,30 Mk.

Nicht abgerechnet haben: Brieg, Bromberg, Düren, Eßlingen, Fürth, Pforzheim, Ulm, Zwidau und Gau 17 (München).

E. Hauelsen.

NB. Unter den angegebenen Beträgen sind auch die Gelder aus Sammlungen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 6. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Romische Tiraden. — Der Parteitag von Rom. Von Oda Olberg (Rom). — Ist der neue Buchdrucker-tarif ein Fortschritt oder nicht? Von G. Bachhaus. — Nochmals der neue Buchdrucker-tarif. Eine Entgegnung von R. Kautsch. — Die französische Presse in den ersten Jahren der großen Revolution. Von Heinrich Cunow. (Fortsetzung.) — Literarische Rundschau: Heinrich Laube's ausgewählte Werke in zehn Bänden. Von Hermann Wendel. — Notizen: Nochmals die Internationale über die Gewerkschaften. Von G. Schüller-New York.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 23 des 16. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Arbeiter und die Kirchen. Von Prof. Dr. Arnold Dodel. — Kinderfreunde. Von N. — Einiges über Staat und Recht. Von Simon Katzenstein. — Ein Beitrag zum Kapitel der Dienstbotennot. Von A. v. Berg. — Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland. Von Maria Jettin. (Fortsetzung.) — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Die Polizei im Kampfe gegen die proletarischen

Frauen. — Der niederrheinische Parteitag. — Eine neue Beurteilung der Genossin Zick. — Politische Rundschau von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Mütter-schaftsfürsorge. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Quittung. — Feuilleton: Wag's einmal. Von Franz Diederich. (Gebicht.) — Wandern, ach Wandern. Von A. K. — Ein gutes Gewissen. Von Alexander L. Nielland. (Fortsetzung.)

Frauen-Beilage: Größer! Von Franz Diederich. (Gebicht.) — Ein Kapitel von der Liebe. Von Ludmilla Quessel. (Fortsetzung.) — Sturmherzen. Von Hermann Böse. (Gebicht.) — Das Recht des Kindes auf seine Mutter. Von G. Vogel. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Briefkasten.

G. M. in D. Werde versuchen, Ihrem Wunsche Rechnung zu tragen. Gruß.

B. B. in D., G. G. in Kr. und J. K. in A. Briefe kamen zu spät, um noch Berücksichtigung zu finden.

Zurückgestellt: Korrespondenzen aus Stuttgart und Hanau.

Anzeigen.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle München. Am 15. November starb nach langem Leiden unser Mitglied Adam Müller aus Würzburg im Alter von 41 Jahren. Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Hamburg Sonnabend den 24. November 1906 abends 9 1/2 Uhr in Stanges Klub- und Ballhaus, 761] Zeughausmarkt [3,10 vierteljährl. Haupt-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Geschäft's- und Kassenbericht. 2. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin. Nachruf. Am 7. November cr. verstarb im Krankenhause unser Mitglied, der Stenograf 759] [1,50 Hugo Kaul. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Zur Vermählung unseres lieben Kollegen Otto Schmitt 768] [1,20 mit Fräulein Josephine Flory die besten Glückwünsche! Die organisi. Kollegen von Kaiserlautern.

HAMBURG. Sonnabend, den 1. Dezember 1906 abends präzise 9 Uhr Mitglieder-Versammlung bei E. Stange, Zeughausmarkt 31. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. N. B.: Die nächste Mitgliederversammlung findet Anfang Januar im Gewerkschaftshaus statt. 767] [1,20

Unsere lieben Kollegen und Grundsteinleger unserer Zahlstelle, Max Geisler, gen. Schoppen-Wag, zu seiner Abreise nach der Kriegsschule ein herzliches Lebewohl! D. Schoppen-Wag kehrt bald mal wieder! 757] [1,40 Die Kollegen der Zahlstelle Hildesheim.

Unsere werten Kollegen Wilhelm Janssen und seiner Braut Margarethe Gehnen zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche! 762] [1,20 Zahlstelle Krefeld.

Den Angehörigen der Zahlstelle Berlin, die sich in so reichem Maße an den Sammlungen beteiligt haben, sage ich an dieser Stelle für die mir gewordene tatkräftige Unterstützung meinen herzlichsten Dank. 766] [1,40 Frau Auguste Bohlmann.

Für dauernde Stellung wird ein jüngerer Buchbinder, welcher sich auf Etuis einarbeiten will, zum baldigen Eintritt gesucht. Offerten unter J. T. 764 an die Exp. d. Bl. [1,40

Karl Bidlingmeyer, G.m.b.H. Altbach a. N. (Würtbg.) empfiehlt ihre Beschneidemaschine „Hansa“ D. R. M. eigenster Konstruktion mit Uebersetzung auf eisernem Untergerüst montiert. Schnittlänge 450 mm Schnittbreite 510 mm Schnitthöhe 75 mm Preis mit Fuss pro Stück 170.— Preis ohne Fuss pro Stück 150.— einschliessl. zwei Messern, einem Schüssel, einem Gekännchen, einer Reserverschneidleiste.

Nach wie vor am schnellsten erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis von O. Th. Winckler Leipzig Seeburgstrasse 47, weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen, täglich erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig kostenfrei zugesandt.

JONASS & CO. Berlin SW. 711 Kommandanten-Strasse Nr. 7-9. Gegründet 1889! Gegründet 1889! liefern gegen kleine monatliche Teilzahlungen die besten Uhren und Goldwaren. Jährlicher Versand über 12000 Uhren. Ueber 100 000 Kunden. Viele 1000 Anerkenn. Katalog mit über 1000 Abbildungen gratis u. frk.

Tüchtige Stenografen, auf Schmutz- und solche auf Silberverarbeiten 785] Etuis verlangt [1.— Adolf Kann, Berlin SW., Ritterstr. 76.

Tüchtiger Goldschneidmacher für Flach- und Hochrundschnitte bei hohem Lohn für dauernd gesucht. Heinrich Crone, Gefangenenfabrik, 780] [1,40 Lüdenscheid.

Glas-Christbaum schmuck aus erster Hand, reichfortiertes Sortiment I gegen Ein-sendung (Nachnahme 5,90), enth. 310 Stück bessere Sachen echt verfertigte Atlas- und Panorama-Kugeln, laut. Gläschen, Früchte, Schneeballen, japanische Lampe, Leuchtblume, gr. Baumspitze mit Silberhelm u. Sortiment II 124 Stück größere Sachen zum selben Preis. Beiden Sortimenten füge gratis eine hervorragende Neuheit: Fruchtwaße, 20cm hoch, mit Blumen-butelt, 1 Eigel u. 2 Pakete Lawetta bei. Sortiment III 4.— Mk., Nachn. 4,30, enthält 276 Stück meist oben angegebene Sachen, wird auf Wunsch auch geteilt. Für Händler Sortimente von 8 Mk. und höher. 758] [9.—

Max Heumann, Lauscha S.-M. Nr. 31.

Uhren u. Goldwaren kaufen die Kollegen gut und billig bei H. O. Liebscher Leipzig-Kleistadt, Allee-Strasse 16 Alle Reparaturen an Uhren und Goldwaren billig, gewissenhaft und schnell. Einigungen für die Zeitung sollen bis spätestens Dienstag früh in den Händen der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inserate können bis Dienstag Abend Berücksichtigung finden.